

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,
Gemeindef. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Blattes der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1880
Telegraph. Nr. 52.

Nr. 294.

Mittwoch, 19. Dezember 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 15.—30. Dezember 1923 200 Mark. Einmalige Belegpreise: für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 4 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silber) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Bemerkungen, Rubrik, wenn der Betrag verfällt, durch Anlage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdrücke, Unterhaltungsbeilage, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa. Für Druckanstalt: Walter G. Bittorf, Riesa.

Vor der Landtagsauflösung.

II Dresden. Dem Landtag ist ein kommunistischer Antrag auf Auflösung des Landtages zugegangen, dessen Beratung auf den morgigen Tagum 10 Uhr fest. Da auch die bürgerlichen Parteien für den Antrag stimmen dürften, so ist es fraglich, ob es noch zur Wahl des Ministerpräsidenten kommen wird.

Sächsischer Landtag.

Erwerbslosenfragen.

II Dresden, 18. Dezember 1923.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stehen fünf kommunistische Anträge. Von Wötcher (Komm.) beantragt die Anträge betr. Aufhebung von Wahlvorschriften verbotener Parteien für die sächsischen Gemeindevorstände und betr. Erlass einer Verordnung, nach welcher das aktive und passive Wahlrecht auch der früheren Angehörigen der kommunistischen Partei nicht anerkannt werden darf. Im Reichstag und im Reichsrat hätten die Sozialdemokraten mitgeholfen, die kommunistische Arbeiterkraft an die Wehrmacht auszuliefern.

Ministerpräsident Reilich: Es sei ihm heute eine Mitteilung der Reichsregierung zugegangen, nach der das Verbot von Wahlvorschriften verbotener politischer Parteien zurückgenommen werden soll. Eine entsprechende Erklärung werde morgen auch im Reichsausschuß des Reichstages erfolgen. (Abg. Schwarz ruft: Wötcher, mach' nen Dank! Weiterkeit.)

Abg. Wäcker (Dpa.): Die Sache sei durch die Erklärung des Ministerpräsidenten erledigt. Die Kommunisten hätten eigentlich kein Verlangen, sich über den Ausschluß von Parlamenten zu beschweren, denn sie hätten doch von jeder den Parlamentarismus bekämpft.

Abg. Wäcker (Dpa.): Die Frage gebe den Landtag gar nichts an, sie sei Reichssache. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten erübrige es sich, zu der Frage Stellung zu nehmen. — Die Kommunisten sieben auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten ihren Antrag zurück.

Es folgt die Beratung über die kommunistischen Anträge gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung, auf Aufhebung der Arbeitspflicht der Erwerbslosen und betr. Auszahlung einer Unterstützung an Erwerbslose.

Abg. Wäcker (Komm.) begründet die Anträge in längeren Ausführungen und beantragt ihre Annahme in Schlußberatung.

Arbeitsminister Eißner: Das Reichsarbeitsministerium habe von sich aus angeordnet, die Erwerbslosenunterstützungen den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Die sächsische Regierung habe sich beim Reich darum bemüht, daß ein Abbau der Erwerbslosenunterstützungen jetzt nicht erfolge. Das Reich sei aber in seinen Mitteln für diese Zwecke außerordentlich beschränkt. In den Etat seien bis 31. März u. J. 340 Millionen Goldmark eingestellt, zu denen noch 88 Millionen kämen. Diese Beträge seien aber noch nicht vorhanden, sondern sie könnten erst dann verwendet werden, wenn sie bis zum 31. März wirklich einkämen. Sei das nicht der Fall, so müsse mit einer weiteren Einschränkung oder gänzlichen Einstellung der Unterstützung gerechnet werden. Wegen die Arbeitspflicht könne man sich angeht der wirtschaftlichen Not, in der wir uns befinden, nicht grundsätzlich aussprechen. In der verlangten Weihnachtsbeihilfe können dem Lande keine Mittel zur Verfügung. Es kämen rund 1 1/2 Millionen Erwerbslose in Sachsen in Frage, die nach dem kommunistischen Antrag 30 Millionen Goldmark erhalten müßten.

Abg. Wäcker (Dpa.) weist darauf hin, daß wir, wenn wir zu einer Besserung unserer Verhältnisse kommen wollten, dies nur erreichen könnten durch Mehrleistung und Verlängerung der Arbeitszeit. Seine Partei lehne die kommunistischen Anträge ab.

Abg. Wäcker (Dpa.): Es sei merkwürdig, daß eine Partei mit diesen Anträgen an den Landtag komme, die entschlossen sei, noch heute einen Antrag auf Auflösung des Landtages einzubringen. Wäcker behauptet weiter, das letzte große Verbrechen sei von der Bourgeoisie planmäßig verbeigehet worden. Seine Partei sei für Ausschlußberatung. Im Schlußwort bemerkt Abg. Wäcker, der sächsische Arbeitsminister hätte eigentlich die Verpflichtung gehabt, gegen die vorhandenen Mißstände zu protestieren, so aber habe er sich hingestellt und die kapitalistische Politik der Reichsregierung beschönigt. Den Tod des jetzigen Landtags, dieses jämmerlichen Kadavers, könne niemand bebauern. Zum sozialistischen Abg. Wäcker gewandt sagte er: „Freien Sie nur, Sie trennen sich, wenn es den Arbeitern schlecht geht; wenn Sie nur Ihre Diäten und gesicherte Stellung haben, dann können Sie zweihunderttausend verrecken! Kurze: Lump! Wäcker, Du bist ein ganz großer Lappen!“

Die sofortige Schlußberatung der Anträge wird mit sämtlichen Stimmen gegen die der Kommunisten abgelehnt, es werden vielmehr an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 19. Dezember, nachmittags 1 Uhr; Auseinandersetzung zwischen dem Freistaat Sachsen und dem vormaligen Königslande, Ergänzung der Wehrdienstordnung, Uebertragung der staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke an die Aktiengesellschaft Sächsische Werke, Wahl des Ministerpräsidenten und seine Vereidigung.

Anträge und Anfragen im Landtage.

Die deutsche nationale Fraktion beantragt, die Regierung anzuordnen: a) unverzüglich die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 19. November 1923 aufzuheben, nach welcher die Beiträge zur Deckung des Aufwandes für Eisenbahnen bei nicht gewerblichen Schließungen und bei

Wiedereröffnung durch Zuschüsse in wertbehaftetem Geld zu erfolgen hat und bei Zahlung in nichtwertbehaftetem Geld ein Aufschlag von 20 Prozent zu zahlen ist; b) bereits erhobenes Aufgeld zurückzahlen. — Dieselbe Fraktion hat folgende Anfrage eingebracht: Das Handwerk und das Kleinergewerbe beschwerten sich darüber, daß die Industrie durch Regierarbeiten und durch Großhandel vom Weiterverkauf an die Belegschaft bestimmten Waren und eigene Verteilung derselben die Belange des gewerblichen Mittelstandes schädigt. Sind der Regierung diese Verhältnisse bekannt? Ist sie bereit, im Interesse der Erhaltung eines lebenskräftigen Mittelstandes dem Fortgang dieser Entwicklung entgegenzutreten?

Wahlvorschläge der verbotenen Parteien gekümmert.

II Dresden. Der Militärbefehlshaber Generalleutnant Müller erläßt folgende Bekanntmachung: Das Wehrkreisministerium gibt unter dem 19. d. Mts. eine Erklärung bekannt, wonach die Aufstellung von Wahlvorschlägen für Parteien, deren Organisationen verboten sind, unannehmbar ist. Auf Grund dieser Erklärung des Reichswehrministeriums wird meine Verordnung vom 12. d. Mts., betreffend Verbot der Aufstellung von Wahlvorschlägen hievon mit aufgehoben.

Dresden, 19. Dezember 1923.

Der Befehlshaber: gen. Müller, Generalleutnant.

Nochmaliges Vorsprechen in Paris.

Es verlautet, daß die direkten Verhandlungen mit Frankreich und Belgien von der deutschen Regierung mit allem Nachdruck weiter verfolgt werden würden. Innerhalb der Reichsregierung werde das in Frage kommende Material bearbeitet, damit der deutsche Gesandtschaftsleiter in Paris vielleicht bereits in wenigen Tagen in der Lage sei, bei dem französischen Ministerpräsidenten abermals vorzusprechen. In erster Linie werde es sich darum handeln, die Frage der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung am Rhein und an der Ruhr zu regeln. Es werde ein direkter Meinungs-austausch darüber erörtert, wie die Durchführung der deutschen Beamten, die Freilassung der Gefangenen und die Wiederherstellung des Verkehrs durchgeführt werden können. Die Lösung der Frage der Neubestellung des Pariser Vorkontrollpostens werde weiter von der deutschen Regierung betrieben.

Die belgische Antwort eingetroffen.

Die Antwort der belgischen Regierung auf die deutschen Gesandtschaftsleiter in Brüssel überreichliche Aufzeichnung ist in Berlin eingetroffen. Sie enthält im wesentlichen dieselben Gedankenansätze wie die französische.

Neue amerikanische Hilfe?

Die amerikanische Regierung hat, wie der „Newport Herald“ mitteilt, Schritte unternommen, um mit Hilfe der amerikanischen Bankwelt eine Anleihe zu Gunsten Deutschlands vorzubereiten, die an Großzügigkeit alle bisherigen Finanzoperationen weit hinter sich lassen soll. Vorandienung für ihr Inkassokommen ist jedoch, daß die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse der New York von Erfolg gekrönt seien. Man erwartet, daß auch andere Länder, vor allem Großbritannien, sich an der Zeichnung der Anleihe beteiligen werden, doch soll sie in der Hauptsache in den Vereinigten Staaten aufgebracht werden.

Die Reparationskommission zu den amerikanischen Lebensmittellkrediten.

II Paris. Das „Journal des Debats“ teilt mit, die Reparationskommission werde heute nachmittag zusammenzutreten und die deutsche Note über die amerikanischen Lebensmittellkredite prüfen. Da mit der Rückkehr des englischen Delegierten Sir John Bradburn zu dieser Sitzung nicht gerechnet werden könne, werde heute wahrscheinlich die Frage der Sachverständigenausschüsse nicht behandelt werden.

Französischer und belgischer Widerstand.

Dem „Zeit Pariser“ zufolge ist es so gut wie sicher, daß der deutsche Antrag auf die Opposition der französischen und belgischen Delegierten stehen wird. Deutschland besitze im Ausland bedeutende Guthaben, die als Garantien dienen könnten, wenn es einen Nahrungsmittellkredit aufnehmen wolle, ohne daß es notwendig sei, die Priorität zugunsten der Reparationen aus den Einnahmestellen des deutschen Staates anzutreten. Dem gleichen Blatte zufolge ist es auch möglich, daß in der gleichen Sitzung die Reparationskommission die Sachverständigen beim Untersuchungskomitee ernennen wird.

Die deutschen Gesandtschaften im Auslande.

* Paris. Dem „Echo de Paris“ wird aus Berlin mitgeteilt, daß in der deutschen Diplomatie wichtige Veränderungen bevorstehen, es sei auch die Rede davon, die deutschen Gesandtschaften in Paris, in Brüssel sowie in London neu zu belegen. Für London habe man vorerst den Fürsten Gausfeld im Auge; als deutscher Botschafter in Paris werde der Unterstaatssekretär Walsahn genannt. Diese Wahl scheint in Pariser diplomatischen Kreisen keine volle Zustimmung zu finden. Das Blatt äußert sich infolge der Ausdrücke über die eventl. Ernennung des Unterstaatssekretärs, angesichts der schweren Vergangenheit dieses Mannes, sowie angesichts seiner überaus großen Gewandtheit, durch die er sich einen besonderen Ruf erworben hat.

nimmt diese Wahl sich recht befremdlich aus. Nach dem Rriege, schreibt das Blatt weiter, wüßte Dr. Meyer die Schwierigkeiten und Aufgaben auf seinem Pariser Posten durch eine gewisse persönliche Sympathie, die er sich durch seine offene und klare Handlung erworben hatte, zum großen Teile aus dem Wege zu schaffen. Ein altnäherer und gewandter Diplomat würde wohl weniger auf seine Kosten kommen, wie ein deutscher Vertreter, der es sich bei jeder Gelegenheit angelegen sein lassen würde, eine Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder zu erstreben. Das Blatt äußert schließlich noch den Wunsch, daß auch die Reichsregierung sich beratigen Ermäßigungen nicht verschließen würde.

Vor einem neuen Putz in Bayern?

Der Generalkommissar Dr. v. Kahr, der Landeskommandant General v. Lossow und der Chef der Landespolizei, Oberst v. Seiger, erlassen folgende Warnung, die sich auf Symptome neuer Putzabsichten bezieht: „Es liegen Anzeichen vor, daß bestimmte Kreise die allgemeine Not, die von heute auf morgen zu beheben in keinem Menschen Macht liegt, ausnützen wollen, um ihre politischen Ziele zu verfolgen. Jede Störung der öffentlichen Ordnung muß die Not noch weiter verschärfen. Vor jedem solchen Versuch wird nachdrücklich gewarnt. Wer sich an Außerordnungen irgendwelcher Form — auch als Zuschauer — beteiligt, bezieht sich in Lebensgefahr. Die bewaffnete Macht — Reichswehr und Landespolizei — wird die Durchführung ihrer Anordnungen mit der Waffe, wenn nötig mit der Schußwaffe, erzwingen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die handverlesene Verordnung vom 8. November 1923 jeden bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt mit dem Tode oder mit Zuchthaus bestraft.“

Vor der

Ernennung des Reichsbankpräsidenten.

II Berlin. In der Sitzung des Reichsrats wurde entsprechend den Beschlüssen der Ausschüsse der Reichsbankungs-kommission Dr. Schacht als Reichsbankpräsident vorgeschlagen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob irgend welche Einwendungen zu erheben seien, erklärte nur der württembergische Gesandte Hildebrand, daß Württemberg sich seine Bestimmung vorbehalte. Der Vorsitzende Vizeminister Dr. Jarres stellte fest, daß der Vorschlag auf Ernennung des Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten durch Reichsratsbeschluss erfolgt ist. Nach einer Mitteilung des Berichterstatters Dr. Wolf hat die Reichsregierung erklärt, daß ihr dieser Vorschlag genehm sei.

Das Ermächtigungsgesetz in Bayern.

II München. Der bayerische Landtag behandelte in seiner gestrigen Sitzung das von der Staatsregierung eingebrachte Ermächtigungsgesetz. Finanzminister Dr. Krauß begründete es und erklärte u. a., daß von der Reichsregierung hinsichtlich des Abbaues der Unabhängigkeit des Reiches noch nicht das Nötige geschehen sei. Die Revision der Reichsverfassung müsse ernstlich in Angriff genommen werden. Es gehe nicht an, daß neben den Regierungen der Länder noch eine Reichsregierung in dem bisherigen Umfange weiter bestehe. Was Bayern anlangt, so werden durch das Ermächtigungsgesetz die Einnahmen erhöht, die Ausgaben rücksichtslos erdroffelt. Der Beamtenstand soll möglichst unter den Friedensstand gebracht werden. Weiter stellte der Minister fest, daß eine Uebertragung der Ermächtigung auf den Generalkommissar nicht beabsichtigt sei. — Nachdem die Vertreter der Parteien ihre Anmerkungen dargelegt hatten, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Die Lage in Griechenland.

II Paris. Nach hier eingetroffenen Athener Meldungen lautet das nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses und nach Abhalten des Ministerrats gestern abend veröffentlichte amtliche Kommuniqué: Die verfassunggebende Versammlung, die aus der Wahl hervorgegangen ist, soll bald zusammenzutreten und über die am besten für das Land geeignete Verfassungsform beraten. Die Führer der Revolution und der Regierung sind zu der Auffassung gekommen, daß sie, wenn bei der Erörterung über diese sehr wichtige Frage die Ruhe gewahrt werden solle, verpflichtet sind, dem König nahe zu legen, daß er das Land verlassen solle, bis die endgültige Entscheidung getroffen ist. Den Athener Blättern zufolge werden der König und die Königin heute abend nach Rumänien abreisen.

Der zweite geschäftsfreie Sonntag

ist der 23. Dezember 1923. Die Geschäfte dürfen von vorm. 11 Uhr bis nachm. 6 Uhr geöffnet sein. — Weihnachtsanzeigen in dem „Rieser Tageblatt“ werden aufmerksam gelesen und sind als Vorbereiter zum Einkauf dringend notwendig. — Anzeigen für die Sonntagsnummer bitten wir möglichst bald aufzugeben.

Tageblatt-Druckerei, Goethestraße 59.

Derflisches und Sächsisches.

Miela, den 19. Dezember 1923.

— **Öffentliche Sitzung des Schulausschusses.** Die Sitzung, die gestern abend von 6 Uhr ab im Ratssitzungsraum stattfand, wurde von Herrn Stadtrat Hans, dem Vorsitzenden des Schulausschusses, geleitet. Auf Vorschlag des städtischen Schulrats wird beschlossen, nachdem sich auch das Ministerium für Volksbildung aus praktischen Gründen für Zusammenlegung entschieden hat, die Sprachklasse der Mädchenschule II der Mädchenschule I (Albertplatz) anzuschließen. Der Schuldirektor Dankwarth beteiligte sich nicht an der Abstimmung. — Der Bericht über die Verhältnisse der Berufsschulen Weidau und Gröba wurde, nachdem der Berichterstatter, Herr Berufsschullehrer Eickler, den Vorschlag begründet und die geplante künftige Regelung der Klasseneinteilung und der Unterrichtserteilung dargelegt hatte, zugestimmt. — In einem Gutachten über vorgeschlagene Maßnahmen zur Erzielung von Ersparnissen in den Schulen wendet sich der Schulrat mit Entschiedenheit gegen jede Einschränkung der Unterrichtserteilung. Er bittet deshalb dringend, Sparmaßnahmen auf Kosten der Schulbildung nicht eintreten zu lassen. Die Lehrerschaft wende sich entschieden dagegen, den Schulunterricht aus Gründen der Devisenmaterialeinsparnis auf 4 bis 5 Wochentage zusammenzubringen. Eine Einschränkung des Unterrichts in der vorgeschlagenen Weise sei nicht möglich. Der Schulleiter Hofmann erklärte, daß sich auch der Elternrat der Knabenschule gegen die geplante Unterrichtseinschränkung ausgesprochen habe. Ein von Herrn Stadtrat Hans verlesenes Schreiben des Elternrats der Gröbaer Schule wendete sich ebenfalls gegen die geplanten Maßnahmen. Der Schulausschuß beschließt einstimmig, den Vorschlag auf Einschränkung der Devisen abzulehnen und ferner, die Reinigung der Schulräume an 2 Tagen in der Woche, wie früher, weiter vornehmen zu lassen. Hierbei wurde gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß der Schulausschuß das Ziel an dem Wunsch hat, die Schulräume für unbedeutend nötig erachtet. — Der Schulrat hat die Beschaffung von Land- und Arbeitslehrgärten beantragt. Ein dahingehender Antrag ist auch vom Elternrat der Knabenschule gestellt worden. Durch die Einrichtung von Schulgärten soll den Kindern Gelegenheit geboten werden, sich vielseitig zu betätigen. Es werde dadurch nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Entwicklung gefördert. Die Einrichtung bestehe bereits in verschiedenen Orten, so beispielsweise auch im Stadtteil Gröba. Es seien überall erfreuliche Erfolge erzielt worden. Als geeignete Fläche wurde der Hof der früheren 32. Kaserne in Vorschlag gebracht. Es wurde beschlossen, den Hof um Ueberlassung des genannten Platzes zu ersuchen. — Die Abänderung der Richtlinien über Ueberlassung von Schulräumen an Vereine wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Es wurde zunächst eine Kommission beauftragt, die erforderlichen Änderungen vorzunehmen. Nach erfolgter Kenntnisnahme durch die Mitglieder des Schulausschusses soll in einer späteren Sitzung zu der Angelegenheit Stellung genommen werden. Die von einzelnen Vereinen eingereichten Gesuche um Ueberlassung von Schulräumen wurden ebenfalls zurückgestellt. — Der Materialkostenbeitrag beim Werkunterricht wurde ab 1. Januar 1924 auf jährlich 10 Goldmark festgesetzt, sabar pro Monat 1 Mark. Die Zahlungsverpflichtung kommt in den Monaten April und August in Wegfall. — Ueber die künftige Höhe des Fremdenzuschlages an den hiesigen Volksschulen soll zuvor das Gutachten des städtischen Schulrats eingehend betrachtet werden. Einstimmig beschlossen wurde schließlich noch, künftig das Verzeichnis der Schülerbucherei wegzulassen zu lassen. Es wurde angeregt, für Beschaffung und Vorrichtung von Büchern bei Ausstellung des Haushaltsplans einen entsprechenden Betrag mit einzuflechten.

— **Der Elternrat der Mädchenschule I (Albertplatz)** hielt am 14. 12. 23 eine Sitzung ab, in der Stellung zum Lehrer- und vor allem Schulabbau genommen wurde. Da der geplante Abbau in dieser Stärke unbedingt eine Verlängerung der Arbeitsstunden bringt, muß sich dieser nachteilig auswirken, daß der Unterricht auch auf späte Nachmittagsstunden verlegt wird und 50-60 Kinder in eine Klasse gepreßt werden müßten. Daß aber beides auf die Entwicklung unserer an und für sich schon schwächeren Kinder hemmend wirken muß, ist wohl ohne weiteres einleuchtend. Man beschloß daher nach kurzer Beratung, den maßgebenden Stellen folgende Entschlüsse bekanntzugeben: „Unserer Jugend droht durch die Personalabbauverordnung vom 27. 10. 23 eine schwere Gefahr. Unsere Kinder sind unter beides und wertvollstes Gut, unsere Hoffnung und unsere Zukunft! In der körperlichen Not, unter der sie jetzt leiden, darf nicht auch noch die geistige Not kommen. Wir stellen uns schützend vor unsere Kinder und erwarten, daß die Abbauverordnung nicht schematisch auf die Schule übertragen wird, da gerade in diesen schweren Zeiten eine gute Schulbildung und haushälterische Erziehung doppelt notwendig sind.“ — Weiter wollte man sich noch über das Thema „Die Not unserer Kinder im Hinblick auf Kleidung und Ernährung“ aussprechen. Der Aufsatz in den hiesigen Blättern vom 13. 12. 23, wonach betrübliche Nachrichten u. v. für die Kinder an die Schulleitungen abgeleitet werden müßten, hatte aber die Behandlung dieses Stoffes überholt. Es sei aber auch hier nochmals darum gebeten, helfend einzugreifen. Ferner gab das Aufwartungswesen unserer Schulkinder Anlass zu lebhafter Aussprache. So erzieherisch und lehrreich eine Aufwartung bei geeigneter Behandlung wirken muß, ebenso nachteilig kann sie aber auch sein, wenn die Kinder zu sehr ausgebeutet werden. Und da waren einzelne Fälle doch recht betrübend. War schon die Bezahlung eine gänzlich unzureichende (die Entschädigung bewegte sich zwischen 3 Wg. und 1 Wg. wöchentlich), so beforderte einen noch mehr, daß die Kinder teilweise vor frühem Schulbeginn oder bis spät abends beschäftigt wurden. Wären denn die betr. Arbeitgeber ihren Kindern daselbst zu? Wenn auch das Ueberhandnehmen des Aufwartungswesens gewiß auch ein Zeichen unserer Zeit ist, da ein Familienvater eine größere Familie nur spärlich ernähren kann und da eine kleine Hilfe durch den Verdienst der Kinder ganz willkommen sein mag, so sollte man aber doch nicht schon an unseren Kindern Raubbau treiben. Öffentlich genügt dieser Hinweis, um in dieser Beziehung das Gewissen der Betreffenden insofern zu stärken, daß sie sich auch der Pflichten ihrer Aufwartung gegenüber bemüht bleiben.

— **Wieder ein Theater.** Der Direktor Arthur Lortz aus Dresden, welche seit Frühjahr dieses Jahres ihren Aufstempel in Miela und in einigen Nachbarstädten aufgeschlagen hat, hat die 200. Vorstellung des Unternehmens gestern abend Anlaß zu einer Festschau in ihrem hiesigen Theaterlokal, dem Hotel Köppler. Der große Freundeskreis, den sich die Gesellschaft erworben, füllte den Theateraal wieder bis auf den letzten Platz. Das Programm war reichhaltig. Das Gebotene ging weit über den Rahmen einer Operettenaufführung hinaus und verhalfte den Besuchern einige Stunden der Erheiterung. Die sonst mitwirkende kleine Musikkapelle unter Leitung des Herrn Köppler war auf das Doppelte verstärkt und spielte im Laufe des Abends lustige Märche und liebliche Operetten-Melodien, womit sie sich beifällige Anerkennung erwarb. Den Festreigen eröffnete sie mit der Ouvertüre aus der Operette „Dichter und Bauer“. In dem darauffolgenden Vortrag des Herrn Hugo Kie in dem Tanz für die reiche Unterhänne zum Kuchentanz, darauf den Hauptkräften der

Gesellschaft in Gedichtform Anerkennung gesollt wurde. Quile Kähler sang die Urie aus dem „Häuserbaron“. Ulfula Kötter und Kurt Schreiber setzten ihre Gesangsstücke im Quartett. Ich habe noch nie einen Mann geküßt und abends in Verbindung mit Selma Trolle im Terzett. Das ist die Nacht, wo man lebt, wo man liebt. Ungehörigen Beifall erzielte Herr Direktor Lortz, der die Schaulustigen seiner Truppe im einzelnen nach der Melodie „Dort unten in der Mühle“ in trefflicher Weise kopierte und einige Berliner Numorecken zum Besten gab. Hiernach kam die dreiflächtige Operette „Die polnische Wirtschaft“ zur Aufführung. Dabei setzten sich die in den Hauptrollen wirkenden Herren Köppler, Kroll, Schreiber, Wicoll und die Damen Kötter, Koll und Olla Bog ihren Auftritten vollkommen gemacht. Letztername spielte die Maran, Begewalds Frau, mit hinreichender Begleitung und abmte in ihrem gedramten Deutsch die feine Polin bezaubernd nach. An Stelle des beabsichtigten Tänzens, das die behördliche Genehmigung nicht gefunden hatte, fand nach der Theateraufführung noch ein gefälliges Beisammeln statt, wobei Musikstücke und Vorträge der Schaulustigen miteinander wechselten. Hierbei stellte sich auch ein neues Mitglied der Gesellschaft, Herr Becker, dem Auditorium durch Resitationen vor. Auf Anregung des Herrn Klein gedachte die Theatergesellschaft auch der armen und bedürftigen Einwohner unserer Stadt, indem eine Sammlung zur Vereinfachung einer Weihnachtsfeier vorgenommen wurde. 48 478 450 000 000 Mark war der Betrag dieser Sammlung. Mit ihrer nächsten Aufführung am 31. Dezember will die Direktion eine Silvesterfeier veranstalten.

— **Weihnachtsfesten.** Der Schulchor der Oberrealschule wird am Donnerstag, den 20. d. M., nachdem er im Stadtkrankenhaus gelungen hat, etwa um 5 Uhr auf dem Albertplatz, zwischen 1/2 und 1/6 Uhr vor der Uberterrasse und 1/6 Uhr auf dem Rosenplatz vierstimmige Weihnachtslieder in folgender Reihenfolge: 1. „O du Erdblicke“ (Stilianische Weise), 2. „Es ist ein Hof entsprungen“ (Stilianische Weise), 3. „Stille Nacht, heilige Nacht“ (Volkslied aus dem Bistum von Franz Gruber), 4. „Ihr Hirten, erwacht!“ (Schleislied), 5. „Freudlich, Erd' und Sternenselt“ und 6. „Kommet, ihr Hirten, ihr Männer und Frauen“ (Altböhmische Weisen), 7. „O Weisheit, du kleine“ von F. Schönebaum und 8. „Heilige Nacht, o gleiche du“ von Beethoven.

Postbezieher!

Heute oder morgen kommt der Briefträger und wird das Bezugsgeld für Januar auf das hiesige Tagesblatt (nicht mehr 5 Goldmark wie im Debr., sondern nur 4 Goldmark) einbringen.

— **Der Landesverein Sächsischer Heimatlich** hatte am Montag seine vielen Freunde zum letzten Mal in diesem Jahre zusammengerufen zu einer Weihnachtsfeier. Und ganz herzlich war auch dieser Abend gelungen. Eingeleitet durch vierstimmig gelungene Weihnachtslieder, trug Herr Max Reibig-Vaupen drei Dichtungen aus seinem Buche „Punkte Gassen, helle Straßen“ vor. — Wie banalen alle Jubler mit dem armen Vater Bohn, der trotz Sorgen und Kummer seiner lieben Mutter ein fröhliches Weihnachtsfest bereitet. — Heimatliche Erinnerungen an die eigene Kinderstube, an das Vaterhaus und an die kleine Gasse wurden munter und unumwunden und beim zweiten Vortrag. In der Dichtung „Mein Christbaum 1921“ führte uns der Dichter in seine Schultube und ließ uns teilnehmen an den Gedanken der Kleinen, die so manche Mühe des Schulleiters in dieser Weihnachtsstunde belohnen. In so manchem Menschen, den der Alltag von früh bis abends mit seinen Fesseln fesselt, mag wohl durch diese Dichtungen geweckt, erst die wahre, frohe Weihnachtsstimmung eingeatmet sein. — Im zweiten Teil spielte die Gruppe Hugo Gruer-Miela ein Weihnachtsspiel als Schattenpiel. Die Darsteller verstanden es, mit einfachen Mitteln der Technik, aber inniger Fingebung zu ihrer art durchdrachten Dichtung und geschickt eingeleiteter Ehre mit nicht eine tiefere Stimmung über die Geburtsstunde des Christkinds zu werfen, die nur durch das Klattchen vieler Zuschauer zerissen wurde. Der Heimatlich kann mit Stolz auf seine diesjährige Vortragsschere zurückblicken und hat gewiß wieder viele neue Anhänger gewonnen. Öffentlich erweist er uns im kommenden Jahre wieder mit einer so schönen Vortragssolge.

— **Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.** Gestern mittag hielt im Versicherungsamt der Stadt Miela im Auftrag des Herrn Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Sachsen Oberregierungssekretär Hartmann aus Dresden in Gegenwart von Vertretern des städtischen Versicherungsamts, des Arbeitgeberverbandes Miela und Umgebung, des Ortsausschusses Miela der freien Gewerkschaften, der Ortskrankenkasse und des Handwerksvereins Miela einen Vortrag über das durch Verordnung des Sächsischen Arbeitsministeriums vom 8. 11. 23 eingeführte Entschädigungsverfahren in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Danach ist das Entschädigungsverfahren nach den §§ 1447 f. d. Reichsversicherungsordnung mit der am 2. 12. 23 geendeten Beitragswoche aufgehoben und vom 3. 12. 23 ab durch das Entschädigungsverfahren nach den §§ 1426 f. d. Reichsversicherungsordnung ersetzt worden. Sämtliche Krankenkassen haben die bisher in deren Händen befindlich gewesenen Quittungskarten bzw. eine neue Karte mit der Folgenummer und die Arbeitgeber ausgehändigt. Der Vortragende betonte besonders, daß die Wertentwertung einen reicheren Umlauf der Beiträge vom zahlungspflichtigen Arbeitgeber zur Landesversicherungsanstalt nötig machte. Die Beiträge sind wöchentlich bei der Lohnauszahlung zu entrichten und von den Arbeitgebern zu beschaffen. Für die Bestimmung der Lohnklasse und die Höhe des Beitrags ist der Tag der Lohnzahlung maßgebend. Sollten bis zur Lohnauszahlung die Beiträge erhöht sein, so richten sich die Lohnklassen und der Beitrag nach der neuen Festsetzung. Das Entschädigungsverfahren beteiligt den Versicherenden insofern mehr als bisher an der Beitragsentrichtung, als er dem Arbeitgeber die Quittungskarte zum Warteneinleihen vorzulegen und sich deshalb selbst um Ausstellung zu kümmern hat. (Zu beachten: Ausbändigung der Karte beim Wechsel des Arbeitgebers.) Der Kartenaustausch, die Ausstellung der Karte erfolgt bis auf weiteres noch durch die Krankenkassen. Andererseits legt das Entschädigungsverfahren aber auch den Arbeitgebern gewisse Pflichten auf. (Anlauf, Einleihen und Entwerfen der Karte.) Es darf aber gehofft werden, daß die Arbeitgeber in Sachsen sich an das neue Verfahren ebenso gewöhnen werden wie diejenigen in Preußen und Wapern, wo das Entschädigungsverfahren schon seit 1891 besteht und sich bewährt hat. — Schneller Geldentwert durch wöchentlichen Kauf der Marken spart Verwaltungskosten und erhöht die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

— **Um die Erwerbslosenfrage.** Wenn man sich bemüht, für das Diktum der Stadt Miela oder für sonstige Sammlungen, die auch Erwerbslosen zu Gute kommen, Gaben zu sammeln, bekommt man hierzu zu hören, daß die Erwerbslosen nur nicht arbeiten wollten, auch wenn sie Arbeit bekommen könnten. Jeder weiß da gewöhnlich einen Fall, wo ein männlicher oder weiblicher Erwerbsloser eine ihm angebotene Arbeitsgelegenheit ab-

gelehnt habe, weil er besser komme, wenn er Unterhänne besäße. Diese Fälle mögen auch tatsächlich ziemlich häufig vorgekommen sein. In den meisten Fällen wird es sich aber um solche handeln, wo die Arbeitsgelegenheit direkt, also nicht durch den aufständigen Arbeitsnachweis angeboten worden ist. In diesen Fällen hat also die unabhängige Behörde überhaupt keine Kenntnis von der Verweigerung der Arbeit gehabt. Im Großen und Ganzen kann man jedoch solche Fälle nicht verallgemeinern, und es muß unbedingt gesagt werden, daß der allergrößte Teil der Erwerbslosen gern Arbeit annehmen würde, wenn solche zu bekommen wäre. Bei der allgemeinen Einschränkung vieler Betriebe ist das leider nicht möglich und solange das nicht besser wird, soll man den Erwerbslosen aus ihrer Erwerbslosigkeit keinen Vorwurf machen. Aber auch mithelfen will, wirklich bestehende Einzelstände zu befechtigen, der welche Fälle der Arbeitsverweigerung dem Erwerbslosenförderamt. Vor allen Dingen muß sich aber jeder Arbeitgeber zur unbedingten Pflicht machen, jeden Bedarf an irgendwelchen Arbeitskräften einzeln und allein durch den aufständigen Arbeitsnachweis zu decken. Besonders muß das auch den Landwirten empfohlen werden, die sich an die Benutzung des Arbeitsnachweises bisher noch recht wenig gewöhnt haben. Nur wenn ein Erwerbsloser die ihm durch den Arbeitsnachweis oder die sonstige zuständige Behörde zugewiesene Arbeit ablehnt, kann gegen ihn mit Entziehung der Unterstützung vorgegangen werden. In diesen Fällen wird dies auch ohne Weiteres getan werden. In der heutigen Zeit, in der Reich, Staat und Gemeinden kaum in der Lage sind, die Lasten, die durch die Erwerbslosenunterstützung entstehen, zu tragen, ist Jeder verpflichtet, an der Verminderung dieser Lasten mitzuwirken. Dies kann durch Benutzung und Verhinderung der zuständigen Stellen geschehen.

— **Die Regelung der Erwerbslosenunterstützung.** Vom 10. Dezember ab werden beinahe die Hälfte der Erwerbslosenunterstützung nicht mehr einheitlich für das ganze Reich festgelegt, sondern nach drei Wirtschaftskreisen (I Osten, II Mitte, III Westen) abgeleitet, deren Grenzen mit den Wohngebieten der Reichsarbeiter zusammenfallen. In den südlichen Gebieten gehören die Provinzen Ostpreußen, Vorpommern, Schlesien, Wommern, Teile von Brandenburg und die beiden Freistaaten Mecklenburg. Das westliche umfasst im wesentlichen das besetzte und einige Randgebiete. Alles übrige fällt in die mittlere Zone mit Ausnahme einiger süddeutscher Gebiete, die noch dem Wirtschaftskreis I zugeordnet sind. Die wöchentlichen Unterstützungsbeträge betragen vom 10. Dezember ab bis auf weiteres in der obersten Ortsklasse im Wirtschaftskreis III wie bisher für Männer über 21 Jahre 780, unter 21 Jahre 470. Für Frauen über 21 Jahre 620, unter 21 Jahre 360. Als Familiensatzung für den Ehegatten 200, für jedes Kind und jeden sonstigen Unterstützungsberechtigten Angehörigen 150 Milliarden M. Im Wirtschaftskreis II sind für die gleichen Gruppen zu zahlen: 700, 420, 360, 330, 190, 140. Im Wirtschaftskreis I 610, 360, 490, 280, 160 und 120 Milliarden M. Die Ortsklassenpanne beträgt im Westen je 50, 30, 40, 20, 10, 10. In der Mitte 50, 30, 40, 20, 10, 10, im Osten 40, 20, 30, 10, 10 Milliarden Mark. Die Familiensatzung dürfen insgesamt den einfachen Hauptunterstützungssatz, die Summe der in eine Familiengemeinschaft stehenden Unterstützungen, das Doppelte der Unterstützung des höchstunterstützten Familienmitgliedes nicht übersteigen.

— **Unerschöpfte Ausgabe von Goldnotgeld.** Die zu Beginn der Währungsreform geschaffene Möglichkeit, wertbeständiges (Gold-)Notgeld gegen entsprechende Sicherung auszugeben, war als Uebergangsmaßnahme notwendig. Infolge des reichen Verbrauchs, der von dieser Möglichkeit gemacht worden ist — haben doch bereits über 150 Stellen im Reich Goldnotgeld ausgeben — besteht die Gefahr, daß die Ausgabe solchen Notgeldes die sich anbahnende Geldung unserer Geldwelle gefährdet. Nur die härteste Kontrolle über die Ausgabe von Goldnotgeld vermag dem vorzubeugen. Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat deshalb an die Herausgabe solchen Notgeldes von Anfang an den strengsten Maßstab angelegt und zahlreiche Genehmigungsbescheide zurückgewiesen. Leider hat die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieses Vorgehens offenbar noch nicht alle beteiligten Kreise erfasst, und es sind bereits Fälle vorgekommen, daß Goldnotgeld — über dessen Wertbeständigkeit dann natürlich jede Kontrolle fehlt — ohne die erforderliche Genehmigung ausgeben worden ist. Das Sächsische Justizministerium hat deshalb die Staatsanwaltschaften angewiesen, gegen die Ausgabe solchen ungenehmigten Notgeldes mit aller durch die Verantwortlichkeit des Vergabens gebotenen Schärfe vorzugehen.

— **Die Schützengraber im Feindesland.** Der Landesverband ehem. Schützen 108 hat sich in Verbindung mit dem Verein der Schützengraber im Feindesland in gutem Zustande zu erhalten. Hinterbliebenen können sich an Karl Heyne, Dresden-N., Wüllerstraße 16, wenden.

— **Reichswehrminister Dr. Gehler in Dresden.** Wie das Wehrkreiskommando mitteilt, wollte der Reichswehrminister Dr. Gehler heute vormittag zur Besprechung mit dem Militärbezirkskommandant in Dresden ein treffen.

— **Gegen die Mißstände auf den nach dem Westen fahrenden D-Zügen.** Auf eine Anfrage aus dem Reichstage wegen Mißständen, die namentlich bei den nach dem Westen fahrenden D-Zügen beobachtet wurden, hat der Reichswehrminister geantwortet, daß er die Zugbeamten wiederholt dringlich auf das Angehörige untergeordneter Behandlung der Fahrgäste bei der Unterbringung in den Zügen und bei Ueberrettung des Rauchverbotes hingewiesen und eine strenge Strafe, gegebenenfalls Dienstentlassung angedroht habe, wenn die Begrünung als Folge von Bestechung oder sonstiger unehrenhafter Handlungen nachweisbar sei. Eine strenge Ueberwachung der Züge zur Ermittlung pflichtvergeßener Beamter sei im weitestgehenden Maße sichergestellt.

— **Veränderung innerhalb der sächsischen Polizei.** Telemont Sachdienst meldet: Vor etwa drei Wochen wurde in Borna der Plan einer politischen linksradikalen Verschwörung aufgedeckt und das Material, die Karten usw. beschlagnahmt. Die Leitung der Verschwörung lag in den Händen der berittenen Abteilung der sächsischen Landespolizei.

— **Verziehung der Postrentenrechnung.** Da infolge der erst jetzt geschehenen Umstellung der Postkonten auf Rentenmark viele Spieler ihre Lose noch nicht haben erneuern können, wird dieziehung 3. Klasse 184. Lotterie vom 19. d. Mts. auf Mittwoch, den 9. Januar 1924, verlegt.

— **Dienstausschuss bei den Staatsbedürden.** Zur Bekanntmachung des Gesamtministeriums über den Dienstausschuss am 24. und 31. Dezember d. J. wird auf Anfragen mitgeteilt, daß die Bekanntmachung nur für die sächsischen Staatsbedürden gilt.

— **Arbeitsmarkt bei den Staatsbedürden.** 15. Dezember. Der sächsische Arbeitsmarkt zeigte in dieser Berichtswochen kein einheitliches Bild. Während einerseits in den Hauptindustrien weitere Betriebe die Arbeit wieder aufnahmen bzw. von der Kurzarbeit zur Vollarbeit übergingen, kam es andererseits in Betrieben gleicher Art zu Entlassungen und Entlassungen. Ueberhaupt noch kein Fortschritt war auch in dieser Berichtswochen in der Industrie der Steine und Erden, im Bau-

Wahlrechts- und Bekleidungsangelegenheiten, im ungelerten Arbeiter im allgemeinen sowie für häusliche Dienstboten zu berücksichtigen und auch für kaufmännische und Büroangestellte bis die Lage gleich schlecht. Die Handwerkskammer war der Jahreszeit entsprechend ebenfalls nicht aufnahmefähig.

Belohnungsleistungen für das alte Gebiet. Bis zum 24. bietet sich eine äußerst günstige Gelegenheit zur Abfindung von Belohnungsbesitzern mit der Post in das alte Gebiet in Einzelbältern (nicht Massenleistungen) bis zum Gewicht von 5 Kilogramm. Alle Interessenten sollten hiervon Gebrauch machen. Nähere Auskunft bei den Postämtern.

Ein Heim für Kinder deutscher Kriegsgefangener. Die durch ihre Hilfsarbeit an den deutschen Kriegsgefangenen in Ostirien rühmlichst bekannte Schwesternverein, Brandstreuerteilte diese Tage im Dresdener Tivolisgarten, um sich Schwestern für ein Heim zu erbitten, das den Kindern deutscher, in der Kriegsgefangenschaft verstorbenen oder aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrter Soldaten gewidmet sein soll. Dieses Kinderheim, für welches Frau Brandstreuerteilte eine freigelegene Anstalt in der Nähe von Mittweida gewonnen hat und das auf 250 Plätze berechnet ist, wird mit den von der Tivolisgartenanstalt ausgehenden Schwestern Anfang nächsten Jahres eröffnet werden.

Tablen. Wegen Kohlenmangel wurde am vergangenen Sonntag ein Heißer Schluß der Unterwelt eingeleitet und zwar infolge der Kohlenknappheit auf die Dauer von vier Wochen. Aus gleicher Ursache war schon seit einigen Wochen der Unterricht auf vier Tage in der Woche zusammengebrochen worden.

Dresden. Eine für den 18. Dezember nach dem Besuche in der Walterstraße, sowie eine weitere vom Bezirksamt Dresden für den 14. Dezember einberufene Erwerbslosenversammlung wurden verboten, da nach den polizeilichen Feststellungen angenommen wurde, daß es sich um eine Veranstaltung von Mitgliedern der verbotenen kommunistischen Partei handelte. — Das gleiche Schicksal erlitt aus denselben Gründen eine vom Ortsamt Dresden der Erwerbslosen für den 18. Dezember nach den Annahmen am Bischofplatz einberufene Versammlung. — Ferner verbot dem Verbot eine vom kommunistischen Landtagsabgeordneten Kemmer für den 18. Dezember nach der Reichstraße am Bischofsweg einberufene Versammlung mit der Tagesordnung: „Was erwarten die sozialdemokratischen Wähler vom Landesparlament der SPD, und was hat er ihnen gebracht?“ Auch hier bildete die Annahme, daß es sich um eine Veranstaltung der verbotenen kommunistischen Partei handelte, den Grund des Verbots.

Chemnitz. Am Sonntag vormittag waren von einem hiesigen Kesselfabrikanten sechs Arbeiter mit dem Reinigen des Dampfessels in den Breckwerken beschäftigt. Nachdem die Arbeiter an der Absperrung einige Regeln herausgenommen und etwa sechs Eimer Wasser weggeschafft hatten, ist die Absperrung in sich zusammengefallen. Durch die vorhandene Heißluft haben drei Arbeiter, und zwar der 53 Jahre alte Sandarbeiter Hermann Göttlich, dessen 18 Jahre alter Sohn Fritz und der 19 Jahre alte Sandarbeiter Bruno Langer, die sich im Schacht befanden, derartige Verbrennungen erlitten, daß sie auf Anordnung eines sofort herbeigerufenen Arztes mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten. Dort ist der 18 Jahre alte Göttlich in der darauf folgenden Nacht an den erlittenen Verletzungen gestorben. — In einem Hause der Gutendestraße kam es am Sonntag früh zu einer Eifersuchtsszene, in deren Verlauf der sich betrogene fühlende Liebhaber seine Verlobte und deren Mutter mit einem Revolver schwer verletzte. Der Täter schritt sich dann selbst die Schläger am Arme durch. — Am 12. 12. abends nach 9 Uhr ist eine 26jährige Frau auf der Dittmarsstraße von einem unbekannten Manne überfallen und zu Boden geworfen worden. Die Frau erlitt einen Reizschock und hat bisher das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt. Der Täter ist noch nicht ermittelt und am linken Unterarm ein ablesbares Schnittwunden bei.

Leipzig. Durch die Kriminalpolizei wurde in der Nacht zum Sonntag ein gemeiner Spielklub von 30 Personen in der Privatwohnung eines Ausländers in der Karlstraße ausgehoben. Es wurde die Spielrichtung und ein erheblicher Geldbetrag beschlagnahmt. Die Wohnung wurde verriegelt und der Inhaber verhaftet. Alle 30 Personen, Männer und Frauen, mußten auf einem Lastauto eine Fahrt nach der Hauptpolizei unternehmen.

Leipzig. Bei dem Brande der Scheune in Leipzig-Zentrum, über den bereits berichtet wurde, sind von den etwa 25 Arbeits- und Obdachlosen, die in der Unglücksnacht in der Scheune Unterkunft gesucht hatten, 13 Personen in den Flammen umgekommen.

Leipzig. Das „Leipzig Tageblatt“ berichtet: Infolge der Unzulänglichkeit der Kirchenfeuerherdung und des völligen Mangels an kirchlichem Grundbesitz war der Warrer von Borsdorf seit ungesähr Jahresfrist genötigt, täglich neun Stunden an einer Leichterboot als Ausschüßkraft tätig zu sein, um die Mittel zur Bekämpfung der notwendigen Lebensbedürfnisse zu erwerben. Trotzdem versuchte er nebenbei noch in vollster Nähe sein kirchliches Amt zu versehen. Die Überlastung führte zu einem völligen Zusammenbruch seiner Verdienste. In der letzten Sitzung der Kirchgemeinderatsverwaltung wurde unter dem Eindruck eines sachlich begründeten Schreibens eines benachbarten Amtsbezirks aus der Verarmung heraus eine freiwillige Selbstbesteuerung in monatlich festschickenden Beträgen angeregt, durch welche das Einkommen des Warrers in zeitgemäßer Höhe gesichert wird, bis eine endgültige, alle Teile betreffende Lösung der Gehaltsfrage durch die oberste Kirchenbehörde erfolgt. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben und sofort in die Tat umgesetzt.

Zuschläge zur gesetzlichen Miete für Januar 1924.

Im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — wird durch eine Verordnung des Justizministeriums vom 18. Dezember 1923 auf Grund von § 23 des Reichsmietengesetzes für alle Gemeinden, für die von hier aus keine andere Regelung getroffen wird, über die Berechnung der gesetzlichen Miete für Januar 1924 folgendes bestimmt:

1. Die Zuschläge zur gesetzlichen Miete sind in der Weise festzusetzen, daß bestimmte Hundertsätze der Friedensmiete in Goldmark umzurechnen sind. Erfolgt die Zahlung in Papiermark, so ist der Umrechnung der am Tage vor der Zahlung amtlich festgesetzte Berliner Goldmarkwertkurs zugrunde zu legen.

2. Der Zuschlag für den Verwaltungsaufwand des Eigentümers und für die Verhältnisse in Gebäuden einschließlich des Zuschlages für den Hausdienst ist in Gemeinden unter 5000 Einwohnern innerhalb der Abzugsgrenzen von 1,2 bis 2,4 v. H. der Friedensmiete, in Gemeinden von über 5000 Einwohnern innerhalb der Abzugsgrenze von 1,8 bis 3 v. H. der Friedensmiete festzusetzen.

3. Der Zuschlag für die übrigen Betriebskosten, einschließlich der Hausmannsarbeiten ist in Gemeinden unter 5000 Einwohnern innerhalb der Abzugsgrenzen von 5 bis 7 v. H. der Friedensmiete, in Gemeinden von über

5000 Einwohnern innerhalb der Abzugsgrenzen von 7 bis 10 v. H. der Friedensmiete festzusetzen.

4. Der Zuschlag für laufende Instandsetzungen wird einheitlich für alle Gemeinden, in denen das Reichsmietengesetz gilt, auf 6 v. H. der Friedensmiete, der Zuschlag für große Instandsetzungen auf 2 v. H. der Friedensmiete bestimmt.

Die Auszahlung der Beamtengehälter.

Unter der Überschrift „Gefährdung der Beamtengehälter. Schwierigkeiten am 1. Januar“ bringt die Nacht Ausgabe des „Tag“ vom 17. d. Mts. die Mitteilung, am 1. Januar 1924 könne den Beamten nicht das volle Monatsgehalt gezahlt werden und es werde „ernsthaft im Reichsfinanzministerium besorgt der Plan erwogen, am 1. Januar die zur Verfügung stehenden Mittel, die sich übrigens im Augenblick noch nicht ganz übersehen ließen, so zu verwenden, daß noch Mäßigkeit allen Beamten bis einsch. Gruppe 7 ein volles Monatsgehalt gezahlt werde, und daß die Beamten der Gruppe 8 bis 18 und die Empfänger der Einzelgehälter sich zunächst mit einem Monatsgehalt in Höhe der Besoldung der Gruppe 7 begnügen.“ — Diese Nachricht ist, wie die von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, vollständig aus der Luft gegriffen. — Ob es möglich sein wird, am 1. Januar dem 31. Dezember die Beamtengehälter für einen vollen Monat zu zahlen, wenn nicht, welcher Teilbetrag sofort gezahlt werden wird, steht heute noch in keiner Weise fest. Die Meldung, daß alle Mehrbeträge über einen Monatsbetrag der Besoldung der Gruppe 7 hinaus zunächst zurückgehalten werden sollen, wird jeder, der die Zusammenfassung der Reichsbeamtenliste nur einigermaßen kennt, ohne weiteres als unzutreffend erkannt haben; denn durch eine solche Maßnahme würden nur etwa 5 v. H. der Gesamtansprüche für die Reichsbeamtenliste vorläufig erspart werden, da im Reich die gesamte Besoldungsansprüche für die Besoldungsgruppen von 7 an aufwärts nur 15 v. H. des Gesamtanspruchs ausmachen.

Gerichtssaal.

Dresdner Schöffengericht. Expression, Witz und Unterschlagung bildeten die Delikte einer größeren Verhandlung vor dem Dresdner Schöffengericht. Die Anklage richtete sich gegen den 1888 zu Dresden geborenen Bauarbeiter Emil Karl Niemeier und dessen um zehn Jahre älteren Bruder Karl Otto Niemeier, letzterer in Dresden-Friedrichstadt auf der Institutstraße wohnhaft. Der erkrankte Angeklagte ist wiederholt und schwer verkränkt, er erhielt im Jahre 1916 wegen im Rückfalle verübter schwerer Einbrüche zehn Jahre Zuchthaus zuerkannt; nach Verbüßung von sieben Jahren wurde Niemeier im Sommer begnadigt und mit Bewährungsstrafe entlassen. Während der letzten Erwerbslosen-Demonstrationen suchte ein angeheulter Niemeier, gegen den demnachst angeordnet wurde, in Bestätigung vorgenannter beiden Brüder Niemeier die Geschäftsleute in der Prager Straße auf, gab sich unter Vorzeigung des Ausweises von Emil Niemeier als Erwerbslosentat als Beauftragter der Dresdner Erwerbslosen aus und sammelte Geldbeträge für angebliche Unterschlagungszwecke. Niemeier sagte den betroffenen Geschäftsleuten, in der Erwerbslosenversammlung in den Annenstraßen würden die Namen der Expenden und auch die jeweiligen Beträge bekannt gegeben, es würden aber auch die Namen derjenigen Firmeninhaber namhaft gemacht, die nichts für Erwerbslose übrig hätten. Der Spenden gabe, der bestimme bei Demonstrationen einen Posten vor die Tür gestellt, da vollere nichts, wer keine Summe opfere, für dessen Geschäft könne keinerlei Garantie übernommen werden. Unter diesem Truße wurden große Summen geopfert und dann von Niemeier eingekassiert, die Gebrüder Niemeier bekamen in einen Teil der Gelder, ob am angeblich keine Nebeneinbarung zu machen. Der erkrankte schwer verkränkte Angeklagte Emil Niemeier mußte sich überdies noch in einem zweiten Termin gesondert verantworten, er hatte Ende Oktober in Meissen ein Fahrrad gestohlen. Der Erwerbslosentat Emil Niemeier erhielt ein Jahr sieben Monate Zuchthaus Gefängnis und drei Jahre Ehrenstrafe zuerkannt, sein Bruder Karl Niemeier dagegen sechs Wochen Gefängnis zuerkannt. In der Urteilsverhandlung führte der Vorsitzende aus, die Sammelstätigkeit in der Prager Straße sei nicht weiter wie eine regelrechte Expression gewesen, die Geschäftsleute befanden sich alle in einer Zwangslage.

Eine Unterbrechung bei den Postbeziehern

In der Rubrikung des hiesigen Tageblattes in Beginn des kommenden Monats wird nicht eintreten, wenn heute noch beim Briefträger oder beim zuständigen Postamt die Bestellung für Januar (Wahlgeldpreis nicht mehr 5 Goldmark wie im Dezember, sondern nur 4 Goldmark) angebracht wird. — Man säume nicht!

Heber-Goldpreise.

Hb. Bauen. Die hiesige Staatsanwaltschaft erlaubt die Presse im Abdruck folgender beherrschender Darstellung: Obwohl bereits seit einiger Zeit die Markt stabil geblieben ist und obwohl sie jetzt im Ausland ebenfalls hoch, wenn nicht höher als im Inlande bewertet wird, das Risiko ihrer weiteren Entwertung also weggefallen ist, sind die seit Einführung der Goldwährung sehr rasch gestiegenen Goldpreise teilweise nur unwesentlich zurückgegangen. Ein weiterer Abbau muß erfolgen, wenn Ruhe und Ordnung im Innern des Reiches aufrecht erhalten werden sollen. Dazu ist erforderlich, daß Industrie, Landwirtschaft und Handel wieder scharf kalkulieren lernen und jedes Entwertungserisiko aus ihren Kalkulationen vollständig entfernen, da kein Grund dafür besteht und keine Einsetzung deswegen nicht mehr anerkannt werden kann. Es ist ferner notwendig, daß die zur Zeit abnorm hohen Bankzinsen auf ein volkswirtschaftlich berechtigtes und erträgliches Maß herabgesetzt werden. Endlich kann nicht gebuldet werden, daß in einer Zeit, in der der auf Einkommen aus Arbeit angewiesene Hauptteil des Volkes sich mit einem Bruchteil seines Friedens Einkommens begnügen muß, andere Schichten darauf Anspruch erheben, dieselben Reinerträge zu erzielen wie früher. Es muß erwartet werden, daß Landwirtschaft, Industrie und Handel sich diesen selbstverständlichen Forderungen nicht weiter verschließen und ihnen aus eigenem Antriebe Rechnung tragen, ohne daß es erst des Eingreifens und des Durchgreifens der Behörden bedürfte. Die Leipziger Preisprüfstelle teilt amtlich mit: Die Preisprüfstelle hat, wie in früheren Jahren, auch jetzt wieder festgestellt, daß Erzeuger und Händler angeheulter der größeren Nachfrage der Verbraucher nach bestimmten Nahrungsmitteln zu den bevorstehenden Weihnachtsfesten die Preise wesentlich zu drücken. Ein solches Verhalten ist umso mehr zu mißbilligen, als es den notwendigen weiteren allgemeinen Preisabbau hemmt und dazu beiträgt, die Stabilisierung der Markt zu gefährden. Die Preisprüfstelle wird durch die Mobilfabrikpolizei (Wucherpolizei) die Preisgestaltung in den nächsten Tagen besonders scharf überwachen lassen und Erzeuger und Händler wegen festgesetzter und gesetzlicher Preisobergrenzen zur Rechenschaft ziehen.

Neuere Nachrichten und Telegramme

vom 10. Dezember 1923

Zusatz zum 60er-Ausschuß.

* Rln. Die Fraktionsvorstehenden haben beschlossen, den 60er-Ausschuß, der heute in Rln zu seiner 2. Sitzung zusammengetreten sollte, nicht einzuberufen, da man die in Aussicht stehenden Verhandlungen der Reichsregierung mit den Militärten zunächst abwarten will. Der Ausschuß wird demnach voraussichtlich nicht vor Januar zusammenkommen.

Die Reichswehr in Thüringen.

* Eisenach. Anlässlich der Vorkommnisse der letzten Zeit in Kurla (Belagenerbefreiungsversuche und Beschimpfung der Reichswehr) wurde gestern nachmittags die Stadt Kurla von einem Kommando Reichswehr militärisch besetzt. Die öffentlichen Gebäude wurden durch Wachen gesichert. Der Militärbefehlshaber erließ einen Befehl, worin es heißt: Zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Kurla wird die Stadt bis auf weiteres militärisch besetzt. Die Behörden bleiben in Tätigkeit. Jede Versammlung und jedes unnütze Stehenbleiben auf der Straße ist verboten. Von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens wird der Verkehr auf der Straße unterlagert. Die Lokale, Kinos und Theater sind um 7 Uhr abends zu schließen. Versammlungen unterliegen der Anmeldepflicht.

Weg der Revolution in Mexiko.

Hamburg. Das hiesige mexikanische Generalkonsulat teilt folgendes mit: Die letzten Meldungen aus Mexiko berichten über entscheidende Siege der provisorischen Regierung in Veracruz. Die Stadt Oraca, sowie der nördliche Teil Yucatans sind zu der neuen Regierung übergegangen. Die Präsidentschaftskandidaten Madero und Villarreal sind ausgenutzt de la Cuernavaca zurückgetreten. Das Generalkonsulat in Hamburg, sowie fast sämtliche Konsulate in Deutschland und den anderen europäischen Ländern haben sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Die provisorische Regierung in Veracruz hat den früheren Legationsattaché Oberst Dr. Krumm-Heller als diplomatischen Vertreter in Berlin berufen. Die Ernennungen für die anderen europäischen Länder sind unterwegs. Sämtliche Botschaften des Reiches befinden sich, wie der Gesandtschaft mitgeteilt ist, in den Händen der neuen Regierung, die absolute Sicherheit für den Versand bietet.

Vor der Proklamation der griechischen Republik.

Athen. Die die „Agence d'Athènes“ mittels, haben viele einflussreiche Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien die an den König gerichtete Aufforderung gemeinschaftlich. Die Zeitungen der Opposition erinnern daran, daß man das Versprechen gegeben habe, die Donachie werde erst für verfallen erklärt werden, wenn der Volkswille erkant sei. Die herrschende Meinung ist jedoch die, daß die Republik unverzüglich proklamiert werden müsse. Die Stadt ist ruhig.

Amundsens Ring über den Nordpol.

Christiana. Roald Amundsen teilt mit, sein Plan einer Flugexpedition von Spitzbergen über den Nordpol nach Alaska werde sich verwirklichen. Die Marine der Vereinigten Staaten stelle ihm einen ihrer tüchtigsten Fliegeroffiziere, den Leutnant Dawson, zur Verfügung. Der aeronautische Dienst habe die Finanzierung des Unternehmens in die Hand genommen, und zwar mit Hilfe von Postmarken. Die Expedition werde über drei Flugzeuge verfügen, die zur Zeit auf der Ternier-Werft in Friedrichshafen gebaut würden. Der Flug werde in der Zeit vom Mai bis August ausgeführt werden. Hauptteilnehmer an der Expedition würden außer ihm selbst und Dawson sein Schiffsbreder Hammer und Eskar Lmdal sein.

Pariser Tenebrungszugbedingungen.

Paris. Eine für Montag angefordigte Ausbuchtung der städtischen Beamten auf dem Opereplatz wurde durch eine gewaltige Anstrengung der Polizei eingedämmt, aber nicht vollständig verhindert. Von 5 Uhr ab wurden alle Straßen abgeperrt, die zum Opereplatz führen, der Wagenverkehr wurde abgeleitet und die Fußgänger mußten in die Seitenstraßen abbiegen. Die Kassen waren geschlossen. Eine ganze Armee von Polizisten und Militärs der republikanischen Garde und Geheimagenten waren versammelt, um die Demonstration zu verhindern.

Marktberichte.

Amlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 15. Dezember. Getreide und Cellulose pro 1000 kg. (sonst pro 100 kg. (In Goldmark der Goldmark oder in Rentenmark.) Weizen märkischer 168—167, unvorrätig. Roggen, märkischer 144—147, pommerischer 143—144, westpreussischer 142—143. Gerste mator. Gerste, Sommergerste 158—162. Fein. Hafer, märkischer 124—128, westpreussischer 118—120. Etwas mator. Weizenmehl 25—29 (feinste Marken über Notia). Weizenmehl 24—26,50. Roggen, Weizenmehl 7,25—7,50. Roggen, Roggenmehl 7—7,25. Roggen, Weizenmehl 25—27,0. Weizenmehl 14—17. Ackerbohnen 14—16. Wicken 16—18,50. Erbsen, blaue 15—20, gelbe 16—22. Erbsen, 16,50—20. Wapenlinsen 11,25—11,75. Kartoffelknollen 17—18.

Hentiger Dollarkurs (amt.): 421050000000

(unverändert)

Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

Wirtschaftszahlen für den 19. Dezember 1923.

(Einer Gewähr.)

1 Goldmark (Berliner Briefkurs)	1 002 500 000 000	Papiermark
1 Goldpennig	10 025 000 000	Papiermark
1 Goldmarkaufpreis	640 Tsd. v. kg	
1 Zwanzigmarkstück	19 267 500 000 000	Mark
Silberverkaufspreis (1-Mark-Stück)	400 000 000 000	
Goldumrechnungssatz für Reichssteuer und Eisenbahntarif	1 Billion	
Reichsrichtsahl	1 289 000 000 000	(Mittlung 15.2.23)
Sächsische Gesamttrichsahl (mit Bekleidung)	1 215 000 000 000	(Mittlung 7.2.23)
(ohne)	1 109 000 000 000	(Mittlung 8.2.23)
Großhandelsrichtsahl	1 274 500 000 000	(Mittlung 4.2.23)
Gegenwert des Goldfranken bei Auslandsparitäten usw.	1 Billion	
Fernsprechgebühr: Es kostet ein Gespräch im Ortsverkehre	0,15 Goldmark	
im Fernverkehre bis 100 km	0,30—1,35 Goldmark	(unverändert nach dem Goldumrechnungssatz für Reichssteuer)
Telegraphengebühr: Wortgebühr im Fernverkehre	0,15 Goldmark	
Wortgebühr im Ortsverkehre	0,075 Goldmark	(unverändert nach dem Goldumrechnungssatz für Reichssteuer)
Posttarif: Ortsbrief	0,05 Goldmark	
Ortspostkarte	0,03 Goldmark	
Fernbrief	0,10 Goldmark	
Fernpostkarte	0,08 Goldmark	
Auslandsbrief	0,30 Goldmark	
nach Ungarn und Tschecho-Slowakei	0,25 Goldmark	
Auslandspostkarte	0,20 Goldmark	
nach Ungarn und Tschecho-Slowakei	0,15 Goldmark	
(unverändert nach dem Goldumrechnungssatz für Reichssteuer)		

Volkswirtschaftliches.

Weiteres Sinken der Richtzahlen. - **Wöchentliche Lebenshaltungskostenindex.** Nach den Veröffentlichungen vom 17. Dezember 1923 sind vom Statistischen Bundesamt folgende Indizes (fern der Lebenshaltungskosten (1913/14 gleich 1) berechnet worden: Gesamtlage (für Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) 1215 Milliarden, Gesamtindex ohne Bekleidung 1160 Milliarden. Am 10. Dezember 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 1110 Milliarden und ohne Bekleidungskosten 1070 Milliarden. Vom 10. bis 17. Dezember sind mithin die Preise der bei der Preisermittlung berücksichtigten Güter um 7,9 bzw. 8,5 v. H. gefallen.

Die deutschen Konsumgenossenschaften und Amerika. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat an eine größere Anzahl hervorragender Politiker der Vereinigten Staaten, namentlich solche, die in der Genossenschafts- und Farmerbewegung führende Stellen einnehmen, ein Rundschreiben gerichtet, in dem er auf die auch für die amerikanische Volkswirtschaft immer gefährlicher werdenden Folgen der durch Frankreich gegen Deutschland getriebenen Politik hinweist und insbesondere auch die schwere Schädigung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung betont. Ueber die Aufgaben Amerikas bei der Schlichtung des Weltkonflikts stimmen die britischen Genossenschaftler mit den deutschen durchaus überein; auch sie sind der Auffassung, daß Amerika, das sich am Krieg in Europa beteiligte, auch an der Schaffung wirklichen Friedens in Europa entscheidend mitzuwirken verpflichtet sei. - Als erste amerikanische Genossenschaftsorganisation gibt die All American Cooperative Commission in Cleveland den Ruf an in ihrem wöchentlichen "Cooperative News Service" bekannt. Es sei der größte internationale Appell, der je von organisierter Genossenschaft ausgegangen sei. Die Kommission fordert dringend alle Genossenschafts-, Arbeiter- und Landwirtschafts-

affaktionen der Vereinigten Staaten auf, ihren Vertretern im Kongress (Parlament) die Notwendigkeit bereitwillig zu machen, daß das Angebot Amerikas, bei der Beilegung angemessener Reparationspflichten für Deutschland zu helfen, erneuert werden müsse. Da es bei dem Gewinn des Krieges und Aufheben des Friedensvertrages geblieben habe, sei es moralisch verpflichtet, darauf zu achten, daß die Bedingungen gerecht durchgeführt würden. Solange das nicht gelte, glaube die Kommission, könne in Europa kein Frieden sein, und ein verächtliches Europa bedeute ein ungeordnetes Amerika.

Deutsch-russischer Handel. Wie aus Moskau gebräutet wird, zeigen deutsche Firmen in letzter Zeit besonderes Interesse für die Ausfuhr von Fleisch, Butter, Eiern und anderen Konsumartikeln. Es wird erwartet, daß dieser Zweig der russischen Ausfuhr eine erhebliche Ausdehnung erfahren wird. - Die Sowjetregierung hat der deutschen Firma Berger-Wirch die Konzession erteilt, die Nordhoffabrik in Petersburg, die vor dem Kriege ihr Eigentum war, wieder in Betrieb zu setzen.

Börse am Dienstag. An den gestrigen Börsen des Auslandes war die Umsatztätigkeit in deutscher Wälsung außerordentlich gering. An der New Yorker Börse wurden Umsätze in deutscher Wälsung überhaupt nicht erzielt. Man nannte zum Schluß einen Kurs von circa 20 Cent pro Billion, was einer Parität von vier Billionen für den Dollar entspricht. In London stellte sich die Mark mit 20 Billionen für ein Pfund etwas schwächer. Von Amsterdam wird ein Kurs von 0,60 für eine Billion gemeldet. Die Tendenz ist einhellig für die Mark etwas schwächer. An der gestrigen Nordbörsen Schritt die Spekulation wieder zu Verkäufen. Ueberhaupt ist man nicht abgeneigt, größere Engagements über Weihnachten einzugehen. Das Publikum allerdings kauft weiter und was eigentlich Wunder nehmen müßte, kauft wohlweislich jedes Papier, was unterwertig zu sein scheint. So muß man annehmen, daß wohl auch die morgige Börse im letzten Rahmen

verkehren dürfte und die Kurse eine kleine Aufwertung erfahren dürften. Spekulative Kurssteigerungen allerdings sind für die nächste Zeit, da vollkommen unberichtigt, nicht zu erwarten.

Das Abkommen zwischen der Eisenbahn und ihren Gläubigern verfehlt. Die zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsverband der deutschen Industrie lebhaft geführten Verhandlungen über die Frage, wie in der nächsten Zeit die notwendigen Geldmittel für erfolgte Industrieteilnahmen und -leistungen bereitgestellt werden können, haben nunmehr zu einem Abbruch geführt. Jeder Industriefirma, die Lieferungen oder Leistungen für die Reichsbahn auszuführen hat, steht es frei, einen durch die getroffenen Abmachungen geschaffenen Wechselkreditlinien zu beschreiten, um in Kürze die ihr seitens der Reichsbahn ausstehenden Zahlungen zu erhalten.

Der Benzolverband Notum. Heute mit Wirkung ab 18. Dezember die Kleinverkaufspreise wie folgt fest: Gereinigtes Motorbenzol 40 Goldmark, Benzinöl 34,75 Goldmark, Benzin 30,50 Goldmark, alles für 100 Kilogramm ab Hauptverkaufsstelle. Die Preise gelten für Zahlungen in Papiermark, Reichrentenmark, Goldmark oder Reichsbankanweisungen und dürfen nicht überschritten werden.

Turnen, Sport und Spiel.

Handball. Voraussichtlich Sonntag weiste die 2. Mannschaft des VfL Turnvereins Niesla zum letzten Verbandsspiel dieser Serie in der Handballhochburg Frankenberg und machte dort der 3. Elf des Kreismeisters (Turnverein Frankenberg) nach idemem, klottem Spiel durch eine 0:2 Niederlage die Punkte überlassen. Bei Niesla konnte besonders die vortreffliche Arbeit des Torwarts gelobt werden, während sich der Sturm gegen die brillante Verteidigung des Gegners nicht kräftig genug durchsetzen konnte. Endstandverhältnis 2:0 für Niesla.

Kadeberger Biskuit
Nürnberg. Zuckerbier
Weltberühmt. Spezialmarkt.
Der Bierkenner verlangt
ke überall. An beziehen
durch **M. Schwabe, Wet-**
tinerstr. 28. Fernruf 49.

Weihnachtswunsch!
Jungfer Herr, Landwirts-
jobn, arbeitsfreudig, lüch
die Bekanntheit einer
jungen Dame von 20 bis
25 Jahren aweds letzterer
Geirat. Beste Offerten,
wenn mögl. mit Bild, erb.
unt. N 735 an das Tagel.
Niesla. Diskretion unersch.
Ich suche am dortigen
Blake einen

Schulwaren-
Händler

der über gute trockene
Lager- und Lageräume
verläßt und nachweislich
großem Maße erzielt gegen
entprechenden Rabatt zur
Uebernahme von Qualitäts-
schulwaren in allen
Artikeln auf Kommission
gegen wöchentliche Ab-
rechnung.

Otto Zobel,
Schulwaren-Großhandl.
Weihenfeld a. S.

Vertrag, Klub
verkauft
Widner, Niesla

Guterhaltener weicher
Kinderwagen
billig zu verkaufen bei
Pöschke, Bismarckstr. 21

Ziehharmonika
zu verkaufen. Wartschlag,
Gröba, Markt 12, 1. r.

Holländer (Leibschreiber)
zu verkaufen. Haase,
Goethestraße 14, Gröba. r.

Kinder-Kino
verkauft. Buch. Thiemer,
Bismarckstr. 32.

1 mod. elektr. Tischlampe
preiswert zu verkaufen.
Käffner, Teßlitzstr. 9, 1.

2 kompl. Weitzene,
2 Waschmaschinen,
1 Schreibmaschine
"Magnon", neu,
1 Puppe, 1 m groß,
Grammophon, sowie
Phonograph
zu verkaufen.
Karl Hofmann, Gröba,
Dammweg 4. Telefon 670.

Salzheringe
Kollmöpfe
Bratheringe
Sering in Gelee
Bismarckheringe
Delikatessheringe
dosen- und fahweise
sowie

Erdbeeren m. Zucker
in halben u. ganzen Dosen
und

H. Fleisch-Salat
empfehlen

H. Grubbe.

Brinzeb. Lichtspiele
Hotel Söpsner
Donnerstag - Sonnabend

Er, Sie und Hamlet!

Pass: Das neue
große Programm!
Anfang 8 Uhr.
Saal gut abheist!

Galerie Remmler & Co.
Tröndlinring 3, Ecke Nordstr. - Leipzig - Nähe Hauptbahnhof
Große Weihnachts-Ausstellung deutscher Kunst
Im Interesse deutscher Künstler und zur Erhaltung der deutschen Kunst haben wir die Preise für diese Weihnachts-Ausstellung besonders ermäßigt
Gemälde und Graphik erster Meister

Diesen Sonntag
nachm. 3 Uhr und
abends 8 Uhr
im Söpsner-Saal (vom Seing-
verein "Sängerkränze" Niesla)
glanzvolle öffentliche Weihnachts-
märchen-Aufführungen
König Wictel v. Zwergenland
in fünf Bildern. Dichtung von
H. Büttner, Musik von Kurt Gölke,
in Szene gesetzt v. Johs. Schneider.
Einvertrag für wohlthät. Zweck.
Preise der Plätze: 1. Sperrsitze 1,50 M., 2. Sperrsitze
1,20 M., Seitenplatz 80 Pfg., Galerie 50 Pfg.
Vorverkauf: Blg.-Gesch. Wistig, Wettinerstr. 8 (Tel.
445), Schneiderstr. H. Otto, Hauptstr. 19 (Tel. 412).

Wir halten unsere Geschäftsräume am
Montag, den 24. Dezember ds. Jz.
gänzlich geschlossen.
Bei dieser Gelegenheit machen wir
darauf aufmerksam, daß wir unsere
Kassen auch **Dienstag** wieder
geöffnet halten.
Niesla, 19. Dezember 1923.
Bankenvereinigung für Mittelsachsen
Ortsgruppe Niesla.

Rum
Vrat
Weinbrand
Punsch - Effens
Rot-, Weiß-
und
Deffertweine
empfehlen
Alfred
Rönig
Großenhainer
Straße 3.

Vergessen
Sie nicht, sich für die Festtage mit
Bohnenkaffee
zu versorgen.
Die besten Qualitäten
1/2 Pfund für 70 Pfg. und 85 Pfg.
kaufen Sie nur im
Hamburger Kaffeelager
Thams & Garfs
Hauptstraße 54.

Christbäume
bahr. Tannen und Fichten
neu eingetroffen, empfiehlt zu billigsten Preisen
Geißler, Gärtnerei Weida.
Weihnachtsfeier.
Der Arbeiter-Ge-
sangsverein von Al-
Niesla veranstaltet am
Sonnabend, den 22.
Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Hotel Söpsner
eine Weihnachtsfeier für die Kinder der Arbeiter-
schaft und sonstiger bedürftiger Eltern. Die Feier
wird in Gesangsvorträgen, Theaterstück, lebenden
Bildern und Bezeichnung der Kinder mit Kaffee und
Stollen befehen. Karten für teilnehmende Kinder
sind unentgeltlich bei den Gewerkschaften, sowie bei
den Herren Hermann Jäger, Feigenbauerstr. Nr. 20,
und Hermann Kurmann, Sedanstr. Nr. 37, zu ent-
nehmen. Die Kinder wollen ein Trinkgeld mit-
bringen. Der Eintritt für die Eltern der Kinder
und andere erwachsene Personen ist frei. Ohne Be-
leitung der Eltern haben Kinder keinen Zutritt.

Für den Weihnachtstisch
bieten wir im Austausch von Schaafwolle
la Strickgarne, Wollfaden, Strickwesten
an. Auch am Sonntag anwesend.
Gebrüder Popel, Niesla, Haupt-
straße 58.

Sautana
weil und rosa, empfiehlt
Korfett-Spezialgeschäft
Mühle & Co.
Stadtteil Gröba, Goetheplatz 1.

Da **menkleiderstoffe**
in reichhaltiger und gediegener Aus-
wahl empfiehlt äußerst preiswert, da
direkt ab fabriker Fabrik
Frau Elisabeth Högel
Bismarckstr. 11
Etagegeschäft.

Visitenkarten
100 Stück M. 3,00
liefert
schleunigst
Buchdruckerei
Langer & Winterlich
Niesla, Goethestraße 59.

Va. Hammel-
fleisch
empfehlen billigst
Julius Göge,
Bismarckstraße.

Passende
Weihnachts-
geschenke!
Bei Bedarf empfehle
in reicher Auswahl:
Waschmaschinen
Waschbäder
Waschwannen
Pöfelkasser
alle Holzgefäße.

Für Landwirtschaft
Buttermaschinen
Saubutterkasser
in allen Größen.
Böttcherei
B. Laupis
Parkstraße.
Fernruf 202.

Frauen-Verz. Wustion
son. Sonntag, Nr. 1, 3-5.
Knaben zu verk. Fuchs,
Bahnhofstr. 23, 2. r.
Santaval feilich ein-
Wiedervertäuer hohen
Diabatt. Stigarenhaus
Niederwald, am Bahnhof.

Hier
ist die Quelle!
Zum Weihnachtsfest
bieten wir an:
Zucker.
Prima Weizenmehl
5 Pfund 95 Pfg.
Feinst. Auszugsmehl
Marke "Sonnengold"
Originalpackung 1,35 M.
Schweineschmalz.
Stets frische Margarine,
Goodeine
Wierfrucht - Wärmelade.
Beste Bezugsquelle
für alle Kolonialwaren!
Weizengriech, Graupen,
Gaterflocken,
Boll- und Bruchreis,
Linsen, Bohnen,
Erbsen, grün und gelb,
Kartoffelmehl usw.
Unvergleichliche Preise.
Beste Qualität.
Thams & Garfs
Hauptstr. 54.

Geschäfts-
Briefumschläge
mit Firmenabdruck
1000 Stück
von Mark 8,50 an
fertiggestellt
Langer & Winterlich
Niesla, Goethestraße 59.
Die heutige Nr. umfasst
4 Seiten.

Frankreich und die Ricumverträge.

Die jetzt veröffentlichte Antwort Voicarcés auf die Demarche der Deutschen Regierung in Paris legt außerordentlich Wert darauf, die Bereitschaft der französischen Regierung zur Verlängerung der Ricumverträge, die vorläufig nur bis zum 15. April laufen, auszusprechen. Dazu muß gelagt werden, daß der Gegenstand der zukünftigen Verhandlungen zwischen der französischen und deutschen Regierung nicht lediglich eine schematische Verlängerung der Ricumverträge sein kann, sondern, daß man unbedingt zu ganz neuen Methoden der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens im besetzten Gebiet kommen muß, die auch den Bedürfnissen des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Industrie gerecht werden. Es mehrten sich die Stimmen aus dem Auslande, die darauf hinwiesen, daß es für die deutsche Industrie vollkommen unmöglich sei, die Bedingungen der Ricumverträge reiflos zu erfüllen, daß es namentlich wirtschaftlich untragbar sei, 27% der Produktion der Franzosen kostenlos zu übergeben. Wie sehr das Auslande von der reiflosen Erfüllung der Ricumverträge überzeugt ist, geht daraus hervor, daß die Zustimmung der Industrie des besetzten Gebietes zu diesen Verträgen verweigert hat, für die unbedingt notwendigen ausländischen Rechte zu verschaffen. Es ist verständlich, daß Voicarcés schon jetzt darauf dringt, die Verlängerung dieser Verträge über den 15. April hinaus herbeizuführen, da der Ausgang der französischen Wahlen, die am 5. April stattfinden, ungewiß ist, es ist aber für jede deutsche Regierung unmöglich, die jetzt im besetzten Gebiet herrschenden Zustände durch eine offene oder verdeckte Zustimmung zu legalisieren. Die Verhandlungen über diese Frage rollen automatisch das gesamte Reparationsproblem und die Frage der möglichen baldigen Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit auf und die Behandlung dieses Fragenkomplexes, die herbeizuführen die gegenwärtige Regierung mit allen Mitteln bemüht ist, wird zeigen, daß wir ohne ausländische Anleihen und ohne ein Moratorium unser Wirtschaftsleben und damit unsere Zahlungsfähigkeit nicht wieder in Gang bringen können.

Des weiteren stellt Voicarcés die Frage der Militärkontrolle in den Mittelpunkt. Wir glauben zu wissen, daß die Reichsregierung sich dieser Militärkontrolle nicht entgegenstellen wird, daß sie aber nicht in der Lage ist, bei der psychologischen Einstellung des deutschen Volkes gegenüber den Kontrollkommissionen die Gewähr für eine ungekürzte Ausübung dieser Kontrolle übernehmen zu können. Wie wir hören, wird die Regierung demnächst wegen einiger Vorfälle, die sich mit einem belgischen und einem englischen Mitglied der Kontrollkommission zugetragen haben, Veranlassung nehmen, offiziell ihre Bedauern über diese Vorfälle auszusprechen.

Der Schupobeamten-Prozess in Düsseldorf.

Düsseldorf. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde die Vernehmung des Oberleutnants Häbner fortgesetzt. Er erklärt, es sei erwiesen, daß die Separatisten auf die blaue Polizei geschossen haben, die ruhig ihren Dienst verließ. Im weiteren Verlaufe sprach sich der Angeklagte Häbner über die fortgesetzte Schießerei der Separatisten auf die Polizei am Hindenburgwall aus. Er glaube nicht, daß der Franzose, der erschossen wurde, von deutschen Polizeibeamten erschossen worden sei, da der Befehl gegeben worden

war, nicht auf französisches Militär zu schießen. — Nach kurzer Pause wird in der Vernehmung einander anderer Zeugen fortgesetzt, die die bekannten Vorfälle am 30. September und die Angriffe auf die Polizei und deren Verhandlungen schildern. Nicht Zeugen erklären, nicht zu Schuß gekommen zu sein, andere haben 3-5 Schüsse, darunter einen als Schredschuß, auf dem Hindenburgwall abgegeben, wo die Separatisten hinter Bäumen Deckung genommen hatten. — Um 6.30 Uhr abends wird die Sitzung auf heute vormittag vertagt.

Die Willkürherrschaft der Separatisten.

Wormersheim. Im Bezirk Wormersheim hat... verschiedene Landgemeinden die von den Separatisten verlangte Loyalitätserklärung für die separatistische Regierung mit dem Ruf abgelehnt, daß sie nur unter dem Druck der Gewalt die Erklärung unterzeichnet hätten. Der Bezirksdelegierte Hauptmann Ruff hat daraufhin den betreffenden Landgemeinden mitgeteilt, daß dieser Ruf entlernt und die Loyalitätserklärung vorbehaltlos unterzeichnet werden müsse, widrigenfalls den Landgemeinden die Wäffe entzogen würden. Den Gemeinden wurde mitgeteilt, daß alle Wäffe den Landgemeinden entzogen werden würden, falls in den betreffenden Gemeinden rechtsrheinische Elemente eine Propaganda gegen die Separatisten führen würden.

Verkehrshetze in Ludwigshafen.

Von heute ab ist über den Bezirk Ludwigshafen von abends 10 Uhr bis früh 5 Uhr die Verkehrshetze verhängt worden.

Die Ludwigshafener Zeitungen unter Vorgesur.

Wie das Blafakommissariat mitteilt, wurden in Ludwigshafen auf Grund der in sämtlichen Ludwigshafener Blättern erschienenen Fundgebung gegen die Separatisten alle Ludwigshafener Zeitungen unter Vorgesur gestellt. Zum Protest dagegen haben sämtliche Ludwigshafener Blätter ihr Erscheinen eingestellt. Die Vertreter aller politischen Parteien Ludwigshafens haben sich gestern am Oberkommissar Irard begeben, um die Wiederherstellung der Presse und der bürgerlichen Freiheit zu fordern. Die Redakteure der Ludwigshafener Zeitungen weigern sich, an der vom Leiter der Pressestelle der autonomen Palatinerregierung in Neustadt stattfindenden Pressebesprechung teilzunehmen.

Der Streit um Memel.

Seitdem im Oktober d. J. das Ultimatum der Völkerbundkonferenz in der Memeler Frage von Litauen abgelehnt wurde, ist die Entscheidung immer wieder hinausgeschoben worden. Man hat die mangelnde Streitpunkte, die zwischen Polen und Litauen zu erledigen sind, von der Völkerbundkonferenz an den Völkerbundrat überwiesen, der sich nun die Bühne daran ausbehalten soll. Wenn von einem Rechte auf wirtschaftliche Beherrschung des Memelgebietes angeht, so wird durch nichts gerechtfertigt werden können, so wäre nach der Natur der Dinge Litauen derjenige Staat, dem das Liebergewicht und die Souveränität über die Häfen des Memellandes an erster Stelle zustünde. Die polnischen Ansprüche können nicht einmal mit einem Schein des Rechtes verteidigt werden. Der Völkerbundrat hat jetzt wiederum vergeblich versucht, den Fall zu schlichten und schließlich den Delegierten von Litauen beauftragt, im Ver-

lauf dieser Tagung über das Problem Bericht zu erstatten. Die Herren wissen sich offenbar durchaus keinen Rat, weil Volev nach wie vor erklärt, sich keinem irgendwie gearteten Schiedspruch einer internationalen Instanz fügen zu wollen und weil der Völkerbund keine Nachmittel in der Hand hat, um eine Entscheidung durchzusetzen. Letzteres umso weniger, als die litauischen Ansprüche von England, die polnischen von Frankreich insgedehnt unterstützt werden und daher an einen endgültigen Austrag vorläufig nicht zu denken ist.

Paris. Der Völkerbundrat hat auf den Bericht des Vertreters von Litauen beschlossen, die Remittierung einer dreigliedrigen Kommission zu übermitteln. Diese soll sobald wie möglich den Entwurf einer Konvention in Lieberg einstimmen mit dem Vorschlag der Völkerbundkonferenz vom 18. 2. 23 vorzulegen. Sie setzt sich aus Vertretern nicht unmittelbar interessierter Nationen zusammen. Zwei Mitglieder werden von dem Vorsitzenden des Verkehrs- und Transitausschusses des Völkerbundes, das dritte, das den Vorsitz führt, vom Völkerbundrat ernannt. Der litauische Vertreter Galtananskas, der in der gestrigen Vormittags-Sitzung die Bildung dieser Kommission abgelehnt hatte, hat sich in der Nachmittags-Sitzung mit dem Vorschlag einverstanden erklärt.

Protest gegen die geplante Wohnungspolitik.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften und der Deutsche Mieterbund erheben in einer Erklärung an die Reichsregierung gegen die geplante Wohnungspolitik Protest. Sie fordern die Aufrechterhaltung der reichsgesetzlichen Regelung der Wohnungswirtschaft. Die Aufwertung der Mieten solle nur entsprechend der Steigerung der Löhne und Gehälter erfolgen. Jeder Mehrertrag der Mieterhöhungen soll der privaten Bereicherung entzogen und zur Unterhaltung leistungsfähiger Mieten und der Wohnungsbauwirtschaft in die öffentliche Hand überführt werden. Das Reichsministerium solle aufrecht erhalten bleiben.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Gegenwärtig hat Deutschland den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit erreicht, der jemals zu verzeichnen war. Im besetzten Gebiet sind augenblicklich noch zwei Millionen Arbeitslose und 500.000 Kurzarbeiter zu unterhalten, während im unbesetzten Gebiet 1,4 Millionen Arbeitslose und 1,83 Millionen Kurzarbeiter sind. Die fernumhüllte Zunahme der letzten Wochen scheint jedoch nachzulassen, so sind a. B. im Gelsenkirchener Revier von den insgesamt dreizehn großen Bergwerksbetriebsgesellschaften bisher über 25.000 Bergleute wieder eingestellt worden, jedoch die Produktion dieser Bergwerke noch täglich 10.700 Tonnen am 10. Dezember bereits auf 10.000 Tonnen gesunken ist. Der schon teilweise durchgeführte Übergang zur produktiven Erwerbslosenfürsorge hat sich durchaus bewährt; in der Nähe Berlins werden bei Erschließungs- und Ziehlungsprojekten annähernd 5000 Erwerbslose beschäftigt. Ebenso bewährt hat sich die Arbeitspflicht der Erwerbslosen, wobei Untersuchungen überhaupt nur gegen Arbeitsleistung im allgemeinen gemeinnützigen Charakter gewährt werden. Der im Haushalt vorgesehene Höchstbetrag von 340 Geldmillionen für die unterhaltende und produktive Erwerbslosenfürsorge im besetzten und unbesetzten Deutschland muß unbedingt bis zum 31. März 1924 ausreichen; die Regierung ist fest entschlossen, von der Erwerbslosenfürsorge der keine neue Inflation entstehen zu lassen.



Angelas Heirat.

Roman von L. S. Robert.

51. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Nein, verehrte Frau, das kann mer eigentlich nicht sagen, nein, das nit.“ versetzte die Frau zögernd, „aber bei Martins, das sinn als tomische Veut.“ Niemand hat als jern wat mit dene zu schaffen. Kenne Sie die Veut?“ „Nein,“ erwiderte Angela, „ich komme in geschäftlichen Angelegenheiten zu ihnen, und ich denke doch nicht, daß sie mir ein Veid antun werden, warum sollten sie auch?“ „No, Radam, wenn ich Sie wär, denn dächt ich mich als einrichte, daß ich nit zu spät am Abend dort wär, wie jagst, et sinn tomische Veut.“ Diese Auskunft war nicht gerade sehr ermutigend für Angela, aber sie ließ sich nicht abschrecken. Sie nahm jedoch ihre Ringe und sonstigen Schmuckstücke ab und verschloß sie in ihre Reisetasche. Dann machte sie sich auf den Weg mit der beruhigenden Ueberzeugung, daß sie nichts Stehenswertes an sich habe. Angela ging bis ans Ende der Hauptstraße, deren letztes Haus die Nummer 108 führte, auf der anderen Seite waren die ungeraden Nummern. Wo mochte das gesuchte Haus sein? Was es etwa gar keine 108? Da fiel ihr ein, daß der Bahnbeamte gesagt hatte, es sei noch ein „Stiltschen“ vor dem Ort draußen. So ging sie denn weiter, die Straße war zu beiden Seiten von Feld begrenzt und keine menschliche Wohnung sichtbar. Endlich, nachdem sie schon einpaar die Hoffnung aufgegeben hatte, ihr Ziel zu erreichen, erblickte sie ein kleines Haus, eigentlich eine Hütte, das die Nummer 108 trug. Es war so grau und verwittert, daß es sich kaum von dem Heidefeld abhob, das hier anfang, und der vernachlässigte Garten, der es umgab, sprach in seiner Weise für Ordnungsliebe und Schönheitsinn der Bewohner. Angela klopfte an die Tür, — eine Klingel hatte das häuschen nicht aufzuweisen — aber es meldete sich niemand. Sie klopfte noch einmal, und bald darauf hörte man schlürfende Schritte die Tür nähern. Dann wurde diese etwa daumenbreit geöffnet, und das häßliche Gesicht einer alten Frau wurde in der Öffnung sichtbar. Ein Ausbruch, halb Ueberraschung, halb Schrecken, sog über ihr runzeliges, unfreundliches Gesicht, und sie fragte mit einer scharfen, unangenehmen Stimme: „Was wünschen Sie hier?“ Dabei sah sie Angela argwöhnisch an. „Guten Abend,“ sagte die junge Frau freundlich. „Ich komme, ich bitte Sie nicht. Ich komme auf einen Brief hin, den ich gestern erhielt. Sind Sie Frau Martin?“ „Das hat gar nichts mit der Sache zu tun,“ versetzte die Frau abweisend, „und ich weiß auch nichts von einem Brief. Kommen Sie herein und sprechen Sie mit meinem Sohn. Wir heißen beide Martin.“ Bei diesen Worten, die in ziemlich reinem Hochdeutsch, aber immer noch in sehr widerwilligem Ton gesprochen wurden, öffnete sie die Tür ein klein wenig weiter, kaum, als sie sich durchdrängen konnte, und schau-

te sofort hinter ihr heftig zu. Drinnen war es so finster, daß Angela sich erst an das Dunkel gewöhnen mußte, ehe sie überhaupt etwas von ihrer Umgebung erkennen konnte. Jetzt sah sie, daß sie sich in einer niedrigen Küche befand, deren Deckenbalken sie mit der Hand erreichen konnte. Von Alter und Rauch geschwärzte Eichentische verdunkelten noch den an und für sich düstern Raum, der nur durch den schwachen Feuerchein erhellt wurde, den das Herdfeuer hervorbrachte. Am Herd stand ein Mann, der, soweit Angela in dem Dämmerlicht erkennen konnte, sie mit sorgenden Blicken betrachtete. Der Flammenschein, der einen Augenblick gerade auf sein Gesicht fiel, zeigte ihr, daß es ebenso abstoßend war, wie das der Alten, nur aus den kleinen Augen leuchtete es wie Humor auf, was den finsternen Mut der jungen Frau einigermaßen belebte. Sie trat auf den schweigenden Mann zu und sprach ihn einfach und offen an. Ihre helle junge Stimme schallte eigenartig von den Wänden zurück, und der Feuerchein beleuchtete ihr liebliches Gesicht und verriet den Eifer, der sie befeuerte. „War der Brief von Ihnen, den ich gestern erhielt? Was wissen Sie von Erich Martins? Und warum haben Sie mir geschrieben?“ Martin schaute sie noch schärfer an als zuvor, seine kleinen Augen schienen noch kleiner zu werden, und seine Brauen zogen sich zusammen. „Sie werden entschuldigen, Fräulein,“ sagte er ebenfalls in ziemlich dialektfreiem Deutsch, „wer sind Sie denn überhaupt? Und wie kommen Sie hierher und fragen nach Herrn Erich Martins? Und ich möchte auch Näheres über den Brief wissen, den Sie bekommen haben wollen.“ „Ich erhielt den Brief gestern,“ versetzte Angela rasch, „er war an den Besitzer von Schloß Hammerstein bei Grauberg gerichtet und unterzeichnet: „Einer der weiß, Hedholzhäuser, Westerwald, Hauptstraße 108. Ich bin die Besitzerin von Schloß Hammerstein und Sie wohnen hier, Hauptstraße 108, also nehme ich an, daß Sie mir den Brief geschickt haben.“ „Ja, das habe ich, und was weiter? Sie haben mir noch nicht gesagt, wer Sie sind und mit welchem Recht Sie hierherkommen und nach Herrn Martins fragen. Wenn Sie mir das sagen, dann —“ „Es gibt keinen Menschen auf der Welt, der ein größeres Recht hätte, nach Herrn Martins zu fragen, als ich,“ entgegnete Angela mit raschem Entschluß, denn sie glaubte durch volle Offenheit am ersten zum Ziel gelangen zu können. „Ich bin seine Frau, Frau Erich Martins auf Schloß Hammerstein.“ Die Wirkung dieser Worte auf die beiden Zuhörer war höchst auffallend. Der Mann stieß einen kurzen Ruf des Erstaunens aus und fuhr so heftig zusammen, daß er sich um ein Haar an dem Herd verbrannt hätte. Die Frau aber, die während der Unterredung der beiden auf einem niedrigen Stuhl neben dem Herd im Schatten geessen hatte, lehnte sich weit vor und starrte erstaunt und fast entsetzt in Angelas schönes, vornehmes Gesicht. Dann brach sie in ein leises, gurgelndes Lachen aus, das so unheimlich klang, daß die junge Frau sich einen Augenblick ver-

sucht fühlte, aus dem Haus zu fliehen und den sicheren Schutz des Dorfwirtshauses wieder aufzusuchen. Aber sie gab sich Mühe, ihre Angst zu unterdrücken, schalt sich innerlich über ihre Feigheit und versuchte es, nicht zu zeigen, daß sie von Kopf bis zu Fuß bebte bei dem Gedanken, sie sei hier in eine Falle geraten und habe keine Möglichkeit zu fliehen. Die Handlungsweise des Mannes jedoch war geeignet, sie zu beruhigen. Er vermies seiner Mutter das gräßliche Lachen und wandte sich dann bedeutend freundlicher als vorher an die junge Frau. Auch sein Gesichtsausdruck war nicht mehr so abweisend wie vorher. „Wenn das so ist und Sie die Frau des armen Herrn sind, dann ist es mir lieb, daß ich den Brief abgefordert habe, wenn auch alle Aussicht vorhanden ist, daß ich dafür in Teufels Küche komme. Ich hab' mich lange besonnen, bis ich ihn schrieb und mir's ein paarmal hin und her überlegt, eh' ich ihn abschickte, denn eigentlich geht mich ja doch die ganze Sache nichts an. Aber jetzt bin ich doch froh, daß ich geschrieben hab', und es war auch die allerhöchste Zeit.“ „Die allerhöchste Zeit? Wie?“ Eine furchtbare Angst erfüllte die junge Frau. Sie trat ein paar Schritte näher an Martin heran, und wie er ihre schönen Augen so bittend auf sich gerichtet sah, da trat ein Ausdruck des Mitleids in sein hartes, rauhes Gesicht. „Wie so die allerhöchste Zeit ist, fragen Sie?“ erwiderte er. „Nun, um ihn vom Tod zu retten, wenn es nicht schon zu spät ist. Denn sie morden ihn da oben, Zoll für Zoll bringen sie ihn um.“ „Wo da oben? Wer? Wen? Um Himmels willen, erklären Sie sich deutlicher, ich verstehe nicht, was Sie meinen. Was hat das alles mit meinem Manne zu tun?“ fragte Angela. Sie zitterte noch heftiger als vorher und konnte sich kaum auf den Füßen halten. „Ich kann das alles nicht begreifen. Wovon reden Sie? Kennen Sie jemand, der Nachricht von meinem Gatten aus Afrika hat? Er ist doch in Afrika, und ich habe so lange, so lang nichts mehr von ihm gehört. Wissen Sie etwas von ihm? Haben Sie Nachricht von ihm?“ „Oh ich etwas von ihm weiß? Ich dächte wohl, Sie werden keinen finden, der mehr weiß, wenigstens keinen, der es Ihnen sagt. Nur von mir können Sie etwas von ihm erfahren, nur von mir ganz allein.“ „Was, Sie haben Nachricht von ihm, Sie?“ In ihrer Erregtheit hatte sie Martins Arm ergriffen und schaute mit stehenden Blicken in sein hartes Gesicht. „Sie haben Sie die Nachricht erhalten? Reden Sie schnell! Kommt er nach Hause? Warum hat er nicht an uns geschrieben? Wie so haben Sie Nachricht und nicht Herr Stern oder ich? Warum hat er an Sie geschrieben? Und wann kommt er?“ Ihre Fragen überfluteten sich, aber Martins Ruhe war nicht zu erschüttern.

Tagesgeschichte.

Die Reichsregierung zum Geländem in Brüssel ernannt werden soll.

Um die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Dem „Vorwärts“ zufolge wandle sich der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf neue an die Reichsregierung wegen Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Gleichfalls leide der Fraktionsvorstand der Reichsregierung nahe, dem Reichstag bald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das die Ausführung des Paragraphen 48 der Reichsverfassung auf die Grenzen beschränken soll, die den Vätern der Weimarer Verfassung damals vorgeschrieben habe.

Eine Schlichtungsnotverordnung in Sicht. Wie verlautet, finden zurzeit im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über eine sog. Schlichtungsnotverordnung statt, die voraussichtlich am 1. Januar 1924 in Kraft treten soll. Nach dem Entwurf der Verordnung soll der Tarifvertrag beibehalten werden. Von den Parteien sollen, wie man hört, starke Bedenken dagegen erhoben worden sein.

Schwerlasten bei Festlegung der Arbeitszeit. Die Durchführung der von den freien Gewerkschaften noch nicht angenommenen Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband der Nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und den beteiligten Arbeitnehmern über die Arbeitszeit stößt auf Schwierigkeiten. Die Angehörigen der Werke Hoesch in Dortmund lehnten am Montag eine 10 Stunden Arbeitszeit ab und verließen die Betriebe wieder. Die freien Gewerkschaften beschäftigen heute über die Frage der Arbeitszeit eine Abstimmung in den Betrieben vorzunehmen zu lassen.

Weitere Einschränkung der amerikanischen Einwandererzahlen. Der amerikanische Unterstaatssekretär für Arbeitstragen hat in einer Konferenz über die Einwanderung eine weitere Einschränkung vorgeschlagen und erklärt, der Mangel an Arbeitskräften, der vor einigen Monaten geherrschte habe, hätte sich jetzt in Arbeitslosigkeit verwandelt, die möglicherweise drohenden Charakter annehmen könnte.

Der neue belgische Oberkommandierende der Rheinlandtruppen. Nach einer Meldung aus Brüssel ist der Generalleutnant Burguett, der Kommandant des 4. belg. Armeekorps im Rheinlande, zum Oberkommandierenden der belgischen Besatzungstruppen ernannt worden. Generalleutnant Burguett wird unverzüglich sein neues Amt antreten.

Das Wiesbadener Staatstheater wieder fertiggestellt. Nach etwa neunmonatiger Arbeit ist das hiesige Staatstheater so weit wieder hergestellt, daß das Haus am Donnerstag mit einer Vorstellung des Lohengrin wieder eröffnet wird. Die regelmäßigen Vorstellungen sollen mit Beginn des neuen Jahres wieder aufgenommen werden.

Goldgehälter für die Bergwerksangehörigen. Zwischen dem Bergarbeiterverband und den Bergwerksangehörigenorganisationen werden Verhandlungen über die Einführung der Goldmarkrechnung in der Gehaltsfrage geführt.

Entlassungen von Bergarbeitern auf italienischen Felsen. Die italienischen Felsenverwaltungen in der Baur haben den Bergleuten erklärt, daß sie entgegen den getroffenen Abkommen gezwungen sind, einen großen Teil von Bergleuten zu entlassen. Als Begründung wird angegeben, daß nur in den erträglichsten Felsen und zwar nur mit den besten Arbeitskräften gefördert werden könne. Eine Abordnung der Bergleuten ist nach Berlin abgereist, um auf Einhaltung des letzterzeit getroffenen Abkommens zu dringen.

Das Zentrum zur Lage. Das Zentrum hielt gestern im Reichstag eine Fraktionsführung ab, an der auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Marx teilnahm. In eingehender Weise wurde die politische Lage und die Aufgaben der nächsten Zeit besprochen, wobei sich die Fraktion einmütig hinter die Politik des Reichstagsstandes stellte.

Die französisch-belgische Eisenbahnregie hat auf Grund der Mainzer Vereinbarungen zwischen der deutschen Eisenbahn und der Regie bei dem Berliner Hauptwagenamt 8000 Wagen täglich für das Ruhrgebiet anfordert. Weit über 100 Eisenbahnzüge sind daraufhin zum Ruhrgebiet in Gang gesetzt worden und werden täglich dort abrollen. — Die französische Eisenbahnregie wird nunmehr setzen müssen, bis zu welchem Grade sie die Leistungsfähigkeit der von ihr verdrängten deutschen Eisenbahnverwaltung zu erreichen in der Lage ist. Davon wird es auch abhängen, ob das Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes endlich wieder in Gang kommen kann oder nicht.

Dr. Roth aus der Haft entlassen. Durch eine Verfügung des Generalstaatskommissars von heute wurde der Landtagsabgeordnete, frühere Justizminister Dr. Roth, der im Zusammenhang mit dem Hitlerputch in Schutzhaft genommen worden war, aus der Schutzhaft entlassen.

Erneute Arbeiterentlassungen. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf hat nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ ihren sämtlichen Arbeitern gekündigt mit der Begründung, daß sie bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen nicht in der Lage sei, den Betrieb weiter fortzuführen.

Die Sanierung der Reichsbahn.

Ein Vertreter des R.V. befragte den Reichsverkehrsminister, wie es um die Finanz- und Geldlage der Reichsbahn bestellt sei und welche Pläne er für die Wiederaufbau der Reichsbahn habe. Reichsverkehrsminister Ceder führte dazu ungefähr folgendes aus:

Bekanntlich hat seit dem 15. November d. J. die Finanzierung der Deutschen Reichsbahn aus allgemeinen Reichsmitteln aufgehört, ohne daß diesem Nebenunternehmen mit einem Anlagewert von mehr als 25 Gold-Milliarden ein Betriebsfonds mit auf den Weg gegeben worden wäre. Dazu kommt, daß das Unternehmen, das während des ganzen Jahres 1922, d. h. bis zum Ruhrkampf, in seinem Etat balancierte, in den letzten Monaten als Folge der Aufgabe des Rhein- und Ruhrkampfes mit Verlusten arbeiten mußte, und heute ohne Deckung für seine Verpflichtungen für werdende Anlagen dasteht. Es muß deshalb vorübergehend dem Unternehmen auch an Vermitteln zur Deckung dieser großen Gesamtverpflichtungen so lange fehlen, bis es sich eine neue Kreditorganisation aufgebaut hat.

Die Personalnoten und die laufenden laufenden Kosten (z. B. für Kohle, Öl usw.) können bereits heute wieder aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Anders liegen nach die Verhältnisse bei den Kosten für Eisen und Stahl und für werdende Anlagen usw. Es ist selbstverständlich, daß, nachdem der Finanzminister der Reichsbahn seine Kredite entzogen hat, es augenblicklich der Reichsbahn an Mitteln fehlt zur Finanzierung dieser Projekte, wie das bei einem Privatunternehmen nicht anders sein würde. Der Mangel an Betriebsmitteln ist selber eine ganz allgemeine Erscheinung der heutigen deutschen Wirtschaft. Ueber diese Bauten und Beschaffungen laufen eine Reihe von Verträgen, die bis zum 1. April 1924 schuldensweise eine Belastung von rund 200 Millionen ausmachen. Daraus kommen für den gleichen Zeitraum rund 100 Millionen für Ausgaben, die mit dem Ruhrkampf zusammenhängen. Zur Deckung dieser 100 Millionen

und zur Bildung eines Betriebsfonds, den ein so großes Unternehmen wie die Reichsbahn nicht entbehren kann, müssen Kredite in Anspruch genommen werden. Es ist nur natürlich und dankenswert, daß die Industrie, der die gesamten Beihilfen der Reichsbahn zugute kommen, ihren Kredit zur Verfügung gestellt hat. Wenn in einer Mitteilung von Verpflichtungen der Reichsbahn in Höhe von 550 bis 600 Millionen die Rede ist, so entbehrt diese Angabe der Grundlage. Es scheint sich hier um eine Vermischung mit Beträgen zu handeln, die unter Umständen einmal für Investitionszwecken in Betracht kommen könnten, wenn die Reichsbahn wieder an Bauten und Beschaffungen in größerem Maße herangehen kann. Der Boden für diese Kreditaufnahme ist vorbereitet, der eingeleitete Personalabbau und die schärfste Einschränkung in allen finanziellen Ausgaben werden sich in allerhöchster Zeit bereits finanziell günstig auswirken. Darüber besteht kein Zweifel mehr, daß als das Dringlichste die Betriebsform der Eisenbahnverwaltung geändert werden muß. Es müssen neue Wege eingeschlagen werden, um den Leistungsgrad des Unternehmens weiter zu steigern, als es heute in den Formen der Staatsverwaltung möglich ist. Die Umstellung des Reichsbahnunternehmens wäre längst erfolgt, wenn nicht der Ruhrkampf dazwischen gekommen wäre. Jetzt ist die Durchführung eingeleitet, der Reichsfinanzminister hat den neuen Vorschlägen schon grundsätzlich zugestimmt. Bald wird sich das Kabinett mit der Frage beschäftigen, vorher werden selbstverständlich die Länder, die am Staatsvertrage beteiligt sind, gehört werden, ebenso werden der Reichsrat und der Hunsrück-Ausschuß des Reichstages damit beauftragt werden. Es ist eine Reform, deren Vollendung durch endgültiges Gesetz zum 1. April nächsten Jahres erfolgen soll.

Die Reichsbahn hat die innere Kraft, ebenso den festen Willen, diese Garantien selbst zu gestalten; sachkundigen Rates wird sie sich dabei gern bedienen.

Tagung deutscher Eisenbahnerverwaltungen.

Hd. Dresden. Die 58. Hauptversammlung des Verein Deutscher Eisenbahnerverwaltungen hat am 18. Dezember ihre Dresdener Beratungen abgeschlossen. Aus dem umfangreichen Verhandlungsstoff, der sich auf die Ausarbeitung und Erörterung der im Verkehr zwischen den verschiedenen Verwaltungen geltenden Vorschriften über den Personen- und Güterverkehr, den Austausch von Personen- und Güterwagen sowie der Verbesserung und Ausgestaltung technischer Einrichtungen erstreckte, seien folgende Punkte hervorgehoben: Ueber den Austausch von Güterwagen unter den einzelnen Verwaltungen wurden vollständig neue Vorschriften unter dem Titel eines „Vereinbarungsbüchchens“ getroffen. Die Eisenbahnerverwaltungen haben bekanntlich seit Jahrzehnten die Einrichtung getroffen, daß ihre Güterwagen gegenseitig benutzt werden dürfen, damit im direkten Güterverkehr die Umladung des Frachtes beim Uebergang von einer Bahn zur anderen vermieden wird. Die mannigfaltigen Bestimmungen, die für die Festlegung der Rechte und Pflichten der Verwaltungen in diesem Bereiche erforderlich sind, unterliegen ständiger Änderung und wurden namentlich in letzter Zeit infolge der Einführung einer weitestgehenden Währungsreform in Deutschland völlig neu gestaltet werden. Einer der wichtigsten Punkte war der Bericht über die nunmehr abgeschlossenen Verträge mit der Einführung einer Güterzugbesetzung. Diese in Deutschland schon größtenteils bestehende Einrichtung bedeutet eine außerordentlich große wirtschaftliche Ersparnis, die sich schon in verhältnismäßig kurzer Zeit durch den Wegfall von Zugbegleitpersonal auswirken wird. Bei den Verhandlungen kamen von allen Seiten die Auffassung zum Ausdruck, daß es Aufgabe der im Verein zusammengeschlossenen Verwaltungen (Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien) bleiben müsse, die vorhandenen Einrichtungen auf technischem, betrieblichem und administrativem Gebiete auch in Zukunft auszugestalten und zu verbessern.

In jedem Hause

muß das Rieser Tageblatt regelmäßig gelesen werden.

Bestellungen zum Bezuge durch die Post oder durch Zeitungshändler nimmt täglich zur Vermittlung die Tagesblatt-Geschäftsstelle, Riela, Goethestraße 59, entgegen.

Dr. Schacht

über die deutsche Währungsreform.

1) Zürich. In einer Versammlung der Statistisch-Wirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Zürich sprach am Montag abend der deutsche Währungskommissar Dr. Schacht über die deutsche Währungsreform. Nach einer Darstellung der trostlosen Lage der Vergangenheit und Gegenwart in währungspolitischer Hinsicht entwarf der Vortragende ein optimistisches Bild von der Zukunft, in das er als Mittelpunkt die Rentenmark einfügte, deren Einführung um die Mitte des Monats November überraschende Resultate gezeigt und ein festes Vertrauen in das Wirtschaftsleben herbeiführen vermocht habe. Wenn seine neuen Störungen hinzutreten, hoffe man, in Deutschland unter der gegenwärtigen Reichsverwaltung den Staatsbankrott am 1. 4. 24 auszuweichen zu können. Durch Jahresbelege entwarf Dr. Schacht hierauf ein Bild von der völligen Verarmung des deutschen Volkes. Die Vorbereitungen für die neue deutsche Währung lägen im wiedererwachenden Wirtschaftsleben. Hierzu seien in erster Linie Kredite, vornehmlich zur Finanzierung der Privatwirtschaft nötig, von der allein die Sanierung des Reiches abhängt. Zur Schaffung dieser Kredite wolle er eine Goldkreditbank gründen in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, die ein Interesse an wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland hätten. Mit der Erreichung dieses nächsten Zieles solle der Grund gelegt werden zum Aufbau der Finanzverwaltung des Reiches und der späteren Einführung der Goldwährung, die selbstverständlich nicht von heute auf morgen getätigt werden könne.

Vermögens- und Umsatzsteuer betr.

Der Hunsrück-Ausschuß des Reichstages behandelte gestern die Vermögenssteuer und empfahl der Regierung, für die Wertermittlung der Grundstücke nicht vom Vertriebswert auszugehen, sondern vom Mehrheitswert, der entsprechend den heutigen Verhältnissen berichtet werden soll. Weiter entschied sich der Ausschuss dahin, es müge eine Vermögenssteuer bei Verleuten, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, nicht erhoben werden, wenn das gesamte steuerbare Vermögen den Betrag von 20 000 Goldmark hat 15 000 in dem Regierungsentwurf nicht übersteigt. Bei Verleuten der Umsatzsteuer wünschte der Ausschuss, es

bei dem alten Steuerfuß von 1 Prozent gegenüber 4,5 Prozent in der Vorlage zu belassen.

Die Nichtöffentlichkeit des Hunsrück-Ausschusses.

Auf Grund einer Beschlusse der kommunistischen Fraktion des Reichstages über die Ausweisung des kommunistischen Abg. Dr. Herzfeld aus einer Sitzung dieses Ausschusses beschäftigte sich der Ausschuss mit dieser Frage und sprach mit allen gegen drei Stimmen seine Ansicht dahin aus, daß die Beratungen des Hunsrück-Ausschusses nicht öffentlich sind, auch in dem Sinne, daß nur die dem Ausschuss angehörenden Mitglieder an den Beratungen teilnehmen können und andere Abgeordnete als Zuhörer nicht zugelassen werden.

Vermischtes.

Die Arbeit der Theater. In Berlin arbeiten zurzeit eine Hand voll Bühnen in Berliner Theatern. Im Trianon-Theater hatten ein Herr und eine Dame zwei kostbare Pelze abzugeben, und die Garderobefrau nach in besonderen um Aufmerksamkeit gebeten. Als nach Schluß der Vorstellung die Garderobe gefordert wurde, erklärte die Garderobefrau, daß schon während des zweiten Aktes alles abgeholt worden sei. Als man nach den zurückgegebenen Garderobennummern forscht, stellte es sich heraus, daß die betreffenden Nummern zum Teil fortgebracht waren und mit chinesischer Tuschel sorgfältig neue Zahlen über die rabrizierte Stelle gemalt worden waren. Das besorgene Paar fand nach der Leerung des Theaters nur einen zerfetzten, sehr schäbigen Herrenmantel, einen auch sehr schäbigen Hut für den Herrn und einen ärmlichen Damenhut. Verdächtig ist ein Paar, daß bereits vor Ankunft der Besonderen im Garderobenraum anwesend war und sich herandrängte, als die Pelze abgehoben wurden, um die nächsten Zahlen zu erhalten. Dadurch war es den Dieben möglich, festzustellen, auf welchen Nummern die Pelze abgehoben wurden, und die Fälschung war ihnen leicht.

Ueber die Erdbebenkatastrophe in Südamerika werden folgende Einzelheiten gemeldet: Das furchtbare Erdbeben, das gestern nacht den größten Teil der Provinz Cumbal im Süden von Columbia vernichtete, wird auf das plötzliche Wiederauftreten der Tätigkeit zweier Vulkanen zurückgeführt. Die Städte Cumbal und Chiles sind vollkommen zerstört, mehr als 400 Häuser sind teils eingestürzt, teils stark beschädigt. 90 Leichen sind bisher geborgen und mehr als 250 Verletzte festgestellt. Die von der Regierung nach dem Erdbebengebiet ausgesandten Hilfsmannschaften können wegen der vollkommenen Zerstörung der Eisenbahnverbindungen nur langsam vorwärts kommen. Ueberall sind die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen zerstört und der Verkehr unterbrochen. Der Boden zeigt meterbreite Risse, aus denen bläulicher Dampf emporströmt. Aus dem heißen Vulkanen wälzt sich ein ununterbrochener Lavastrom westwärts, und durch die glühende Lava sind große Waldungen in Brand gesteckt worden. Zwei Dörfer sind durch den Lavastrom vernichtet worden, und die Bevölkerung steht in Todesangst vor der Lava und vor den Flammen der brennenden Waldungen. An der Nähe von Cumbal ist eines der ältesten Silberbergwerke Culumbiens ernstlich bedroht. Die Maschinen und die Silbervorräte sind bereits fortgeschafft worden.

Ein frecher Diebstahl wurde auf dem Bahnhof Zoologischer Garten in Berlin verübt. Ein deutsch-amerikanischer Musiklehrer, der mit Frau und einem Tochterchen von fünf Jahren nach Berlin gekommen ist, wollte mit seiner Familie von dem genannten Bahnhof zu Verwandten fahren. Weil die Frau des Musiklehrers leidend ist, brachte er zunächst seinen Koffer und das Kind nach dem Bahnhof, in dem Glauben, ihn so genügend zu sichern, setzte er das Kind auf den Koffer und ging dann wieder herunter, um seine kranke Frau hinauszubegleiten. Zu seinem Erstaunen fand jetzt die Kleine allein da, während der Koffer verschwunden war. Wie das Kind erzählte, war ein feingebildetes junges Paar herangekommen und hatte das Kind angesprochen und gelächelt. Die junge Dame hatte es vom Koffer heruntergenommen, dann hatten beide den schweren Koffer angefaßt und waren mit diesem davongegangen. Die Kleine hatte verabschiedet gesehen. Bisher sind die Nachforschungen nach den Leuten erfolglos geblieben.

Eine große Wolfsjagd herrscht in diesem Winter im Holzgebiet. Die Wölfe sollen dort in großen Rudeln auftreten, sodas zur Bekämpfung der Bestien große Truppenabteilungen aufgebildet worden sind. In einem Bezirk haben die Wölfe allein in einer Nacht 100 Schafe und 20 Kühe zerissen.

Selbstmord eines spekulierenden Siebenjährigen. In Rudowest hat sich ein 17-jähriger Schüler das Leben genommen. Der junge Mann ist der Sohn eines Staatsbahninspektors und besuchte die Sekunda eines Rudowester Gymnasiums. Er war zu Hause, als die Abendzeitung kam, und sprach nach einem lächeligen Blick auf den Kurstempel auf und verschwand in seinem Zimmer. Wenige Minuten später trachte ein Schuß. Der Vater konnte seinen Sohn nur noch lebend auffinden. In den Taschen der Leiche waren fünf Briefe, in denen er seinen Angehörigen mitteilte, daß er große Besenengagements eingegangen sei, und daß er wegen enormer Verluste gezwungen sei, aus dem Leben zu scheiden.

Eine Eltern ermordet. Vor vier Jahren waren in einem Orte bei Regensburg die Eheleute Wendt kurz nacheinander gestorben. In den nachträglich ausgegrabenen Leichen konnte Verbleib nachgewiesen werden. Nunmehr fand der Sohn der Eheleute wegen Altersschwäche vor dem Volksgericht in Regensburg, das ihn zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilte.

Blutrat eines Geisteskranken. Ein achtzig-jähriger Insasse des Irrenhauses in Neu-Ortingen in Bayern, der vor einigen Tagen seine Schwester zu erwürgen versuchte, fiel in einem Anfall von Geistesgeisteskrankheit seinen Tischnachbarn mit dem Messer nieder, so daß dieser, von acht Stichen durchbohrt, tot zu Boden sank. Ein Nachbar, der ihm zu Hilfe kommen wollte, wurde gleichfalls durch mehrere Messerstiche verletzt.

Kunst und Wissenschaft.

Der Empfang der Oberammergauer in Newyork. Aus Newyork wird den „Dr. Nachr.“ telegraphisch gemeldet: Unter Führung von Anton Bang ist hier die Oberammergauer Ordnung eingetroffen, die in den Vereinigten Staaten eine Wanderausstellung ihrer Schichtkunst unternimmt. Sie wurde am Ostersonntag von zahlreichen Freunden herzlich empfangen, von einem Bauskizzen der Stadt willkommen geheißen und nach dem Moorhotel gebracht, wo sie sich eines besonderen Ausmaßes ist. Beim Empfang in City Hall fand Bürgermeister DuBois herrliche Worte an die Oberammergauer, für die Anton Bang bewegt dankte und ein Schichtkunstwerk überreichte. Auf dem mächtigen City-Hall Platz hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt und eine Musikkapelle Aufführung genommen. Die Oberammergauer sind die ersten Deutschen, denen hier seit dem Kriegstruppen in diesem Maße zuteil geworden sind. Auch die Künstler haben ihrem Besuch durchwegs freundschaftliche Beweise entgegen empfangen.